

Einflüsse des Lebensumfelds auf politische Einstellungen und Wahlverhalten

Eine vergleichende Analyse der Landtagswahlen 2019
in drei ostdeutschen Bundesländern

Matthias Brachert, Everhard Holtmann,
Tobias Jaeck



Einflüsse des Lebensumfelds auf politische Einstellungen und Wahlverhalten

Eine vergleichende Analyse der Landtagswahlen 2019
in drei ostdeutschen Bundesländern

Matthias Brachert, Everhard Holtmann,
Tobias Jaeck

Impressum

ISBN 978-3-96250-554-7

Herausgegeben vom

Forum Berlin
Friedrich-Ebert-Stiftung
Jan Niklas Engels
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Autoren

Matthias Brachert, Everhard Holtmann,
Tobias Jaeck

Lektorat

Corina Alt, Publicate

Gestaltung

Pellens Kommunikationsdesign GmbH,
Bonn

Umsetzung

Meintrup, Grafik Design

Druck

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

© 2020 by Friedrich-Ebert-Stiftung,
Abteilung Politischer Dialog

Eine gewerbliche Nutzung der von der
FES herausgegebenen Medien ist ohne
schriftliche Zustimmung durch die FES
nicht gestattet.

Inhalt

Abbildungen und Tabellen	4
1. Perspektivenwechsel in der Wahlforschung hin zum territorialen Erklärungsansatz	5
1.1 Politisch orientierende Effekte des Lebensumfelds	6
1.2 Die Messung räumlicher Kontexteffekte auf das Wahlverhalten	7
2. Nachwirkungen des doppelten Transformationsschocks: politische Einstellungen und Wahlverhalten in Ostdeutschland	9
3. Methodische Anlage der Untersuchung	10
4. Politische Einstellungen in Gewinnerregionen und Schockregionen	13
5. Wahlergebnisse nach Gewinnerregionen und Schockregionen	23
6. Fazit	29
Literaturnachweis	31
Autoren	32

Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1	Einwohnerentwicklung in West- und Ostdeutschland	10
Abbildung 2	Klassifikation der Kreise nach Bundesländern	
	Sachsen	11
	Brandenburg, Thüringen	12
Abbildung 3	Sozialer Zusammenhalt nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	13
Abbildung 4	Verbundenheitsgefühl mit Deutschland nach Bundesländern und Schock- bzw. Gewinnerregionen	14
Abbildung 5	Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	15
Abbildung 6	Erhalt des gerechten Anteils nach Bundesländern und Schock- bzw. Gewinnerregionen	16
Abbildung 7	Vertrauen in politische Parteien nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen ..	17
Abbildung 8	Vertrauen in Bundestag nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	17
Abbildung 9	Politische Responsivität nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	18
Abbildung 10	Bevorzugte Demokratieform „repräsentative Demokratie“ nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	19
Abbildung 11	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	20
Abbildung 12	Politische (Online-)Partizipation nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen ..	20
Abbildung 13	Bekundete Wahlabsicht „Grüne“ zur Bundestagswahl nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	22
Abbildung 14	Bekundete Wahlintention zur Bundestagswahl „AfD“ nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	22
Abbildung 15	Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 2019 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	23
Abbildung 16	Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	24
Abbildung 17	Wahlergebnisse von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Landtagswahlen seit 2009 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	25
Abbildung 18	Wahlergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen seit 2009 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	26
Abbildung 19	Wahlergebnisse der SPD bei Landtagswahlen seit 2009 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	26
Abbildung 20	Wahlergebnisse der CDU bei Landtagswahlen seit 2009 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	27
Abbildung 21	Wahlergebnisse der Partei Die LINKE bei Landtagswahlen seit 2009 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen	28

1. Perspektivenwechsel in der Wahlforschung hin zum territorialen Erklärungsansatz

In der Wahlforschung, die Deutschland im Blick hat, ist ein doppelter Perspektivenwechsel erkennbar. Zum einen richtet sich das Augenmerk stärker auf sozialkulturelle Konfliktlinien und deren Effekte auf das Wahlverhalten. Hier wird insbesondere der Gegensatz zwischen Gewinnern und (gefühlten) Verlierern der Globalisierung betrachtet. Solche Analysen führen die älteren Forschungslinien der Cleavage- und Milieukonzepte in veränderter Weise fort, wobei beide Ansätze teilweise miteinander verknüpft werden (Schäfer/Vehrkamp/Gagné 2013, Vehrkamp/Tillmann 2015a, 2015b und 2017, Vehrkamp/Wegschaidter 2017).

Zum anderen sind in den letzten Jahren auch die Zusammenhänge zwischen kleinräumigen Lebenswelten bzw. Wohnstandorten und dem Wahlverhalten wiederholt untersucht worden (Schäfer 2012 und 2015). Dabei liegt der Fokus meist auf sozial prekären städtischen Quartieren. Diese Arbeiten knüpfen an klassische soziografische Studien an, deren Grundannahme zufolge das nahräumliche Lebensumfeld der Menschen ihr politisches Denken und Verhalten nicht unerheblich beeinflusst (siehe hierzu die Pionierstudie von Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1980 [1933]).

Beiden genannten Richtungen der jüngeren Wahlforschung ist eines gemeinsam: ein territorialer Erklärungsansatz, konkret ein lokaler bzw. sublokaler Standortbezug. Nachgewiesen wurde beispielsweise, dass die Beteiligung an der Bundestagswahl 2013 in städtischen Quartieren, wo prekäre Standortfaktoren (Arbeit und Wohnen) und soziale Benachteiligung (etwa bei Einkommen und Bildung) verdichtet auftreten, besonders gering ausfiel (Schäfer/Vehrkamp/Gagné 2013, S. 10). Ebenso verteilen sich die Wählerpräferenzen der Mitglieder gesellschaftlichen Großgruppen auch räumlich auf der Gemeinde- und Kreisebene unterschiedlich, wenn die gesellschaftlichen Großgruppen anhand der Sinus-Typologie speziellen Milieus zugeordnet werden (Vehrkamp/Wegschaidter 2017). Wird das Wahlvolk nach sozialkulturellen Eigenschaften und/oder nach Kriterien der sozialen Lage im Raum klassifiziert, so lässt sich das Wahlverhalten in städtischen und ländlichen Wahlkreisen sowie in inner

städtischen Stimmbezirken als das Ergebnis unterschiedlicher Raumeffekte erklären.

Die Wahlforschung, deren erprobter Erklärungsansatz auf individuelle Merkmale von Wahlberechtigten abhebt, also auf Indikatoren wie Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen und Stellung im Beruf, hat sich durch die Einbeziehung der räumlichen Dimension erkennbar weiterentwickelt. So zeigt beispielsweise eine 2015 erschienene regionale Studie über Nichtwähler_innen, dass gleich gerichtete politische Orientierungen, die im näheren Lebensumfeld gehäuft auftreten, auf Personen, die sich in ihrem Wahlverhalten noch nicht festgelegt haben, offenbar wie leitkulturelle Vorgaben wirken können und möglicherweise eine kognitive Anpassung an den politischen Mainstream der näheren Umgebung befördern (Holtmann/Jaeck 2015). Konkret kommt diese Studie zu dem Ergebnis, dass sowohl in Stimmbezirken, wo die Bereitschaft, an der Wahl teilzunehmen, überdurchschnittlich hoch ausfällt als auch in Stimmbezirken, wo der Beteiligungswille unter dem Durchschnitt liegt, vergleichsweise viele Befragte noch unentschieden waren. Dies deutet auf gegenläufige Umfeldeffekte hin: In einer Umgebung, wo die Zeichen auf Teilnahme an der Wahl stehen, sind vermutlich mehr unsicher, die an sich zur Wahlabstinenz neigen. Demgegenüber sind in Nichtwähler-Hochburgen mutmaßlich vergleichsweise viele schwankend, die eigentlich dazu neigen, wählen zu gehen (Holtmann/Jaeck 2015, S. 18; Holtmann 2019, S. 97). Ein Konformitätsdruck wahlaffiner bzw. nicht wahlaffiner Umgebungen bestätigt sich auch in der Auswertung der Daten der deutschen Langzeitstudie German Longitudinal Election Study (Schäfer/Schmitt-Beck 2017, S. 125).

Die jüngste Serie der Wahlerfolge der AfD und die Tatsache, dass die Wählergunst für diese rechtspopulistische Partei sich geografisch erkennbar asymmetrisch verteilt, haben die Aufmerksamkeit auf räumliche Faktoren gelenkt, die das Wahlverhalten bedingen. In der öffentlichen Diskussion blieb nicht unbeachtet, dass in strukturschwachen Kreisen, die durch geringe Durchschnittseinkommen, Abwanderung, Alterung und wirt-

schaftlichen Strukturwandel gekennzeichnet sind, die Demokratiezufriedenheit stärker sinkt als andernorts und dass gerade hier die AfD als rechtspopulistische Protest- und Weltanschauungspartei überdurchschnittlich starke Gewinne einfahren kann (Meisner 2019, Kritikos 2019 und Endt 2019). Auf diese Umschichtung der Wählerlandschaft, die unter räumlichen Vorzeichen stattfindet, hat die Wahlforschung mit einem Perspektivenwechsel reagiert. Seither werden vermehrt strukturelle und sozialkulturelle Eigenheiten kleiner räumlicher Formate als Erklärungsgrößen des Wahlverhaltens in den Blick genommen.

1.1 Politisch orientierende Effekte des Lebensumfelds

Die Annahme, dass räumliche Gegebenheiten und dazu gehörende gesellschaftliche Beziehungen die Menschen in besonderer Weise einhegen und ihr soziales und politisches Verhalten sowie ihre verhaltensleitenden Einstellungen beeinflussen, gehört seit gut einem Jahrhundert zum Wissenskanon der Soziologie und der empirischen Sozialforschung (so schon Weber 1976 [1922] und Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1980 [1933]). Obgleich sich in den individuellen Erfahrungshorizonten globale, nationale, regionale und lokale Einwirkungen immer überlagern, sind im näheren Lebensumfeld der Gemeinde und des Kreises besondere soziale Stabilisatoren wirksam. Im lokalen Radius sozialer Beziehungen an welche Bürger_innen über Familie, Freunde, Peergroups, Nachbarschaften, über die Arbeitsstelle und kommunale Angebote Anschluss finden, werden Verhaltensnormen vermittelt, werden Erfahrungen ausgetauscht, wird Vertrauen aufgebaut oder enttäuscht, wird Solidarität erfahren ebenso wie Distanz und soziale Kontrolle. Vor Ort baut sich auch subjektive politische Kompetenz („Ich verstehe, was vorgeht, und traue mir zu, mich einzumischen“) auf oder ab, was wiederum Parteisympathien festigen oder verändern kann. Damit wird die Beteiligung an Wahlen und das Fernbleiben von der Wahlurne mitgesteuert. Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation entwickeln und äußern sich in unterschiedlichen lokalen Lebensumfeldern auf der Gemeinde- und Kreisebene auf verschiedene Weise (Holtmann 2019).

Für die Alltagserfahrung grundlegend ist der lokale Ausstattungsgang der öffentlichen Infrastruktur. Im Kern geht es darum, ob die Grundversorgung im Einklang mit den

Erwartungen der Menschen angemessen sichergestellt wird oder nicht. Zu einem Politikum wird der Umfeldfaktor Infrastruktur in der Regel dann, wenn in einer Gegend die Versorgungsdichte und -qualität nach Einschätzung derer, die dort leben, merklich abnimmt. Laut einer Umfrage vor der Landtagswahl 2019 in Thüringen gaben 13 Prozent der Befragten an, die Lebensbedingungen im Wohnumfeld hätten sich „insgesamt verschlechtert“. 41 Prozent beklagten Mängel in der ärztlichen Versorgung, 38 Prozent beim öffentlichen Nahverkehr, 31 Prozent bei der öffentlichen Sichtbarkeit der Polizei, 24 Prozent bei Ämtern und Behörden sowie je 20 Prozent bei Schulen, Kindertagesstätten und Einkaufsmöglichkeiten (Infratest dimap 2019a). Eine Stimmungslage, die eine ähnliche räumliche Benachteiligung signalisiert, wurde auch schon vor den Landtagswahlen in Sachsen gemessen. Befragte, die in kleinen Gemeinden wohnen, gaben an, die Situation habe sich in den Bereichen öffentlicher Personennahverkehr (43 Prozent), ärztliche Versorgung (41 Prozent), Präsenz der Polizei (41 Prozent), Einkaufsmöglichkeiten (28 Prozent) sowie Schulen und Kitas (22 Prozent) verschlechtert (Infratest dimap 2019b).

Die überdurchschnittlichen Erfolge der AfD bei den Wahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Brandenburg und Thüringen 2019 – gerade im ländlichen Raum¹ – belegen: Die Bedingungen des Umfelds, in dem die Menschen leben, beeinflussen die Einstellungen zur Politik und das Wahlverhalten. Dabei spielt nicht nur ein als unzureichend bewertetes Infrastrukturangebot eine Rolle, sondern bedeutsam sind auch die Auswirkungen eines strukturellen Wandels, denen die Menschen in ihrer näheren Umgebung tagtäglich begegnen. Dazu gehören etwa Abwanderung, Überalterung und wirtschaftliche Stagnation. Dies erzeugt ein Grundgefühl struktureller Benachteiligung und politischer Vernachlässigung und verstärkt den Eindruck, dass die eigene Region zurückbleibt.

Der Zusammenhang zwischen raumbezogenen Lage-merkmalen, subjektiven Lebensgefühlen und politischer

¹ Eine entsprechende Varianz wird bereits in den Ergebnissen der Bundestagswahl 2013 für den Osten Deutschlands, im Gegensatz zu Westdeutschland, erkennbar: Mit sinkender Gemeindegröße steigen die Stimmenanteile der AfD. Die Spreizung der Stimmenanteile zwischen Großstädten und Landgemeinden betrug rund 6 Prozentpunkte (Holtmann 2019, S. 195).

Partizipation wird mittlerweile auch in der Auftragswahlforschung stärker berücksichtigt. Die in Deutschland führenden Institute haben sich von der methodischen Beschränkung des klassischen Michigan-Erklärungsmodells, wonach strukturelle Kontextfaktoren ausgeblendet werden (vgl. Gabriel/Keil 2005, S. 579, S. 587 ff., S. 603), verabschiedet. So haben Fragen, die auf die Bewertung der öffentlichen Infrastruktur am Wohnort zielen, in Vor- und Nachwahlumfragen Eingang gefunden. Auch das Aufschlüsseln der AfD-Stimmenanteile nach wachsenden, leicht und stark schrumpfenden Wahlkreisen (gemessen an der Zu- und Abnahme der Zahl der Wahlberechtigten), wie dies Infratest dimap bei seiner Analyse der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen vorgeführt hat (Meisner 2019), zeigt, dass sich das Augenmerk der Wahlforschung hin zu einer strukturellen Erklärung des Wahlverhaltens verschiebt.

1.2 Die Messung räumlicher Kontexteffekte auf das Wahlverhalten

Verglichen mit dem erprobten Instrumentarium der traditionellen Wahlforschung, deren Prognosen auf einer bundes- bzw. landesweiten Gesamtheit repräsentativ ausgewählter Stimmbezirke basieren und die außerdem individuelle Daten aus Vorwahl- und Nachwahlumfragen zu Parteipräferenzen sowie deren soziodemografischen Hintergründen heranzieht, sind die methodischen Herausforderungen für sozialökologische Wahlanalysen, die Umfelfeffekte auf der Gemeinde- oder Kreisebene untersuchen, komplexer. Wo lokale Umfragedaten nicht flächendeckend verfügbar sind (sie werden aus Kostengründen in der Regel allenfalls punktuell erhoben), können sie auch nicht mit lokalen Strukturdaten direkt analytisch verknüpft werden. So ergab sich für die Wahlforschung der Nachteil, dass sich auf der unteren Ebene des politisch-administrativen Systems aggregierte Wahldaten bisher nicht mit einstellungsbezogenen Individualdaten kombinieren ließen, wie dies bei den auf der Bundes- und Landesebene angesiedelten Analysen längst gängige Praxis ist. Kurz gesagt: Subregionalen Strukturanalysen des Wahlverhaltens mangelt es zumeist an Umfragedaten des gleichen räumlichen Formats. Wenn aber kleinräumige Aggregatanalysen auf Umfragedaten zurückgreifen können, fragen sie nicht nach der „reinen“ Erklärungskraft von Strukturfaktoren der gleichen Gebietseinheiten.

Dieses methodische Dilemma zeigen auch drei Untersuchungen, die als beispielhaft für den Forschungsstand im Feld von Kontextanalysen des Wahlverhaltens angesehen werden können. Giebler/Regel (2017) erklären die wechselnden AfD-Stimmenanteile bei Landtagswahlen von 2014 bis 2016 mit Unterschieden der räumlichen Lebensumfelder. Dabei untersuchten sie insgesamt 156 Stadt- und Landkreisen anhand der vier strukturellen Indikatoren Arbeitslosenrate, Ausländeranteil, Haushaltseinkommen und Anteil formal höher Gebildeter. Der Befund lautet, dass die Wahlchancen der AfD mit höherer Arbeitslosigkeit, geringerer Ausländerquote und niedrigerem Bildungsniveau steigen (Giebler/Regel 2017, S. 16). Im zweiten Teil der Untersuchung werden zwar auch Einstellungsdaten ausgewertet, jedoch nicht mit der kreisbezogenen Strukturdatenanalyse verknüpft.

Die Studie von Franz/Fratzscher/Kritikos (2018) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die ein Jahr später erschien, geht ähnlich vor. Für sämtliche 299 Bundestagswahlkreise werden die Zusammenhänge zwischen den AfD-Stimmenanteilen und insgesamt sieben Strukturfaktoren (hier zusätzlich Handwerksdichte, Beschäftigtenanteil verarbeitendes Gewerbe, Anteil über 60-Jähriger) untersucht. Auch hier werden Kontexteffekte bestätigt und zugleich Ost-West-Unterschiede erkennbar: In Westdeutschland erhält die AfD in Wahlkreisen, die eine hohe Industriedichte und geringere Einkommenskraft aufweisen, höheren Wählerzuspruch, in Ostdeutschland ist dies hingegen in überalterten Gebieten mit vielen Handwerksbetrieben der Fall. Letzteres ist strukturtypisch besonders für ländliche Räume, die wiederum in Ostdeutschland überwiegen. Nach Auffassung der Autoren sind es auch diese „Lebensumstände“ (Franz/Fratzscher/Kritikos 2018, S. 137), welche die regional unterschiedliche politische Psychologie und die verschiedenen Wahlergebnisse erklären – ohne dass Umfragedaten einbezogen werden. Es bestehe Anlass zu der Vermutung, „dass die demografische Entwicklung in den weniger verdichteten Räumen auch ein Gefühl der Perspektivlosigkeit mit sich bringt, wodurch Vertrauen in etablierte Parteien zu erodieren droht“ (Franz/Fratzscher/Kritikos 2018, S. 136, S. 144).

Methodisch recht aufwendig geht eine im Jahr 2017 publizierte Studie der Bertelsmann-Stiftung daran, die oben beschriebene Forschungslücke zu schließen (Vehrkamp/Wegschaidt 2017). Dafür werden Aggregatdaten auf der

Ebene der örtlichen Stimmbezirke, die Informationen über die Gesamtheit der dortigen Bevölkerung enthalten, mit umfragebasierten Individualdaten zusammengeführt. Hier wird herausgearbeitet, wie sich die Sinus-Geo-Milieus² auf die für Deutschland repräsentativ ausgewählten Stimmbezirke verteilen und wie sich das Gefälle bei der Wahlbeteiligung und bei Parteivorlieben in Verbindung mit bezirklichen „Milieu-Profilen“, die ihrerseits unterschiedliche lokale Lebensumfelder (entweder sozial stabile oder prekäre) abbilden, darstellt (Vehrkamp/Wegschaider 2017, S. 6, S. 18 ff., S. 21, S. 34 ff.).

Gegenüber den Vorgängerstudien des eigenen Hauses (Schäfer/Vehrkamp/Gagné 2013, Vehrkamp/Tillmann 2015a und 2015b) bringt diese neueste Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung einen zusätzlichen Erkenntnisgewinn: Nunmehr ist genauer erkennbar, wie sich – repräsentativ für die Bundesrepublik – die Sinus-Milieus auf Wahlkreis- und Stimmbezirksebene anteilig verteilen und wie sie sich milieuspezifisch dort auf die Wahlbeteiligung und die Wählerpräferenzen auswirken. Indes wird keine direkte Erklärungslinie von kleinräumigen Kontextfaktoren zu individuellen Einstellungen bzw. Wählerentscheidungen gezogen. Wohl werden in den Sinus-Milieus auch sozioökonomische Lagemerkmale wie Haushaltseinkommen, Bildung und Berufsstand berücksichtigt (Vehrkamp/Wegschaider 2017, S. 21). In der Signatur der jeweiligen Milieus werden jedoch die objektiven Lagemerkmale mit subjektiven Einstellungen und Wertüberzeugungen zusammengefasst. Dadurch werden Strukturfaktoren, welche die nahräumlichen Lebensbedingungen in spezieller Weise beeinflussen, nicht als erklärende Variablen für sich betrachtet und nicht mit politischen Einstellungen und dem Wahlverhalten analytisch gesondert verknüpft.

2 Das Sinus-Institut hat insgesamt 10 unterschiedliche gesellschaftliche Milieus auf der Basis einer Kombination von Merkmalen der sozialen Lage (Haushaltseinkommen, Bildung, Beruf, Alter, Geschlecht, Arbeitslosigkeit) und von Grundorientierungen (Lebensstile, Selbst- und Weltbilder, von traditionell bis modern) erstellt. Diesen Sinus-Milieus werden zurzeit jeweils zwischen 7 und 14 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung zugerechnet (Vehrkamp/Wegschaider 2017, S. 33–35).

2. Nachwirkungen des doppelten Transformationschocks: politische Einstellungen und Wahlverhalten in Ostdeutschland

Diese Leerstelle besetzt die vorliegende Untersuchung. Ihr liegt die Annahme zugrunde, dass die gesellschaftliche Grundstimmung in Ostdeutschland von einem doppelten Transformationschock geprägt wird. Die Transformationskrise während der ersten Hälfte der 1990er-Jahre löste den ersten Schock aus: Die dem Systemwechsel von 1989/90 folgenden Strukturbrüche führten millionenfach zu tiefgehenden Einschnitten in gewohnte Arbeits- und Lebensbedingungen (Best/Holtmann 2012, Böick/Lorke 2019). Eine zweite Schockwelle baute sich in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 auf. Zwar kam es dabei, anders als in den frühen 1990er-Jahren, nicht einmal ansatzweise zu vergleichbaren Betriebsschließungen, Massenentlassungen, sozialen Statusverlusten und Entwertungen persönlicher Entwicklungsguthaben. Doch reichte allein die *mögliche* Wiederholung einmal erlebter wirtschaftlicher und sozialer Abstiegs- und Verlustserfahrungen aus, um unterschwellig fortbestehende Ängste, Unsicherheiten und Vorbehalte wiederzubeleben. Das zweifache Schockerlebnis verstetigte sich im Osten Deutschlands als Grundgefühl einer „entsicherten Gesellschaft“.

Für unsere Untersuchung gingen wir davon aus, dass die Schockeffekte nicht lediglich punktuell auftraten und ebenso plötzlich verpufft sind, sondern dass sie eine Langzeitwirkung bis heute haben: weil die Ursachen der schockhaften Krisenerlebnisse, die persönlich zu verarbeiten waren, zu dauerhaften Strukturen geworden sind. Die Entwicklung der Migration zeigt exemplarisch, wie einer vergleichsweise kurzen Phase, in der das Problem sich deutlich verstärkte, eine lange Periode der Verstetigung des Problems nachfolgte: Während in den 25 Jahren von 1989 bis 2015 1,9 Millionen Menschen mehr aus Ostdeutschland ab- als dorthin zuwanderten, fand mehr als die Hälfte dieser Nettoabwanderung in den vier Jahren von 1989 bis 1992 statt (Institut für Wirtschaftsforschung Halle 2019, S. 13; siehe auch Abbildung 1 in Kapitel 3). Industrielle Entkernung und Erwerbslosigkeit, die Abwanderung vornehmlich jüngerer, beruflich gut qualifizierter und motivierter Personen, zunehmend überalternde örtliche Gemeinschaften sowie schrumpfende öffentliche Ver-

sorgungsangebote, die es schon seit Jahrzehnten gibt, haben sich vor allem in ländlichen Regionen räumlich strukturwirksam verfestigt.

Ogleich es eine langsame wirtschaftliche Erholung gibt und sich die materiellen Lebensbedingungen unübersehbar verbessern, weist die Entwicklung der Wirtschaft seit dem Strukturbruch aufgrund der Wiedervereinigung Merkmale von Stagnation und fortdauernder Rückstände gegenüber dem Westen Deutschlands auf (Institut für Wirtschaftsforschung Halle 2014 und 2019). Das hat dazu geführt, dass die Ausläufer der transformationsbedingten Schockwellen im Alltagsbewusstsein der Menschen überdauern. In deren Lebensumfeldern blieben trotz verbesserter Lebensqualität häufig Unzufriedenheit, Existenzängste, Zukunftssorgen und Resignation gegenwärtig.

Teile der ostdeutschen Gesellschaft nahmen die mentalen Züge einer „müden Gemeinschaft“ (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1980 S. 57f.) an, in welcher sich zugleich Politikverdrossenheit ausbreitete. Psychologische Langzeit-Untersuchungen zeigen, dass sich in chronisch strukturschwachen Regionen nach industriellem Niedergang eine Historisierung des Krisengefühls einstellen kann (Obschonka u. a. 2017). In Ostdeutschland kommt hinzu, dass die hohen Erwartungen an die helfende und vorsorgende Hand, an die „Staatswohlfahrt“, enttäuscht worden sind, nicht zuletzt durch wohlfahrtsstaatliche Reformen, die Leistungskürzungen beinhalten.

Diese Grundstimmung äußerte sich lange Zeit in einer Abkehr von Politik und einer ausgeprägten Wahlenthaltung. Erst als sich in Folge der „Flüchtlingskrise“ des Jahres 2015 ein kollektives Bedrohungsgefühl Bahn brach, schlug Beteiligungsmüdigkeit um in die Versammlungsdemagogie einer „Empörungsbewegung“ (Vorländer/Herold/Schäller 2016) namens Pegida und mündete bei Landtags- und Bundestagswahlen in eine breitere Wahlunterstützung für die rechtspopulistische Protestpartei AfD.

3. Methodische Anlage der Untersuchung

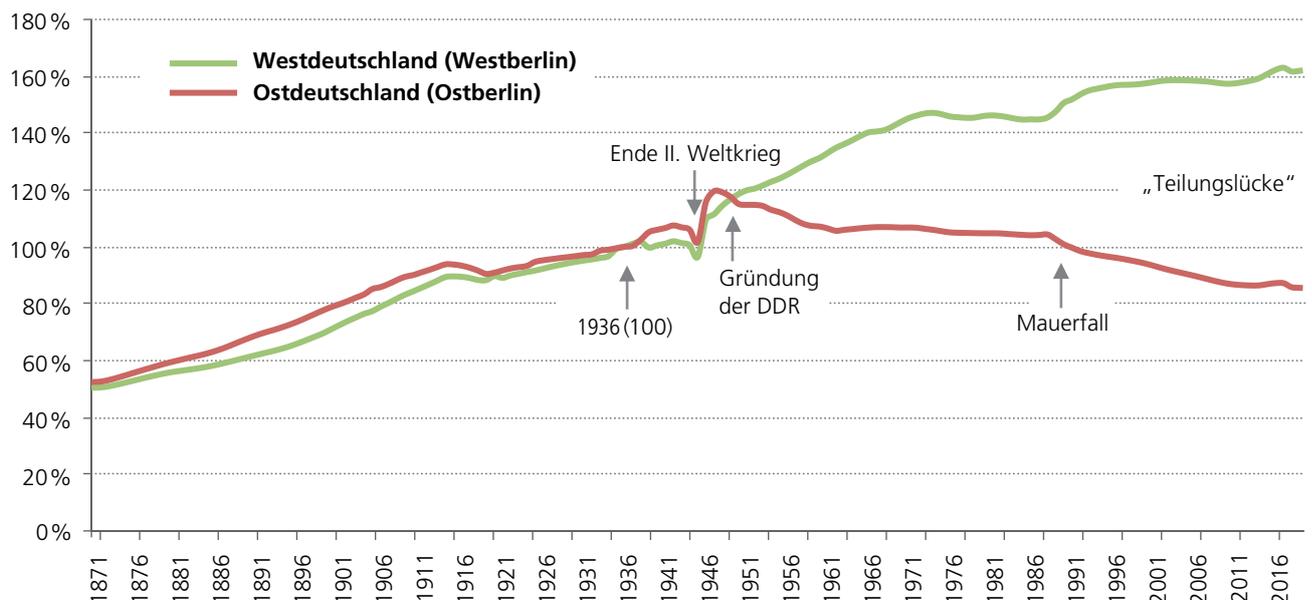
Um die Annahme eines doppelten Transformationschocks zu überprüfen, sind wir methodisch folgendermaßen vorgegangen. Unsere Analyse verknüpft regionale Strukturdaten der Kreisebene mit individuellen Einstellungsdaten. Die Schockthese wurde anhand zweier struktureller Indikatoren operationalisiert, nämlich der langfristigen Einwohnerentwicklung der Stadt- und Landkreise von 1990 bis 2016 sowie der Entwicklung der Beschäftigtenzahl von 2007 bis 2016. Für diese Indikatoren spricht, dass durch die dauerhafte Vergegenwärtigung der Schockereignisse (Strukturbrüche der Wiedervereinigung und Finanzkrise mit deren Nachwirkungen) sich die Teilungslücke in Bezug auf die Bevölkerungszahlen zwischen Ost- und Westdeutschland vertieft hat. Im Zuge der Wiedervereinigung verließen Millionen Ostdeutsche ihre Herkunftsregionen, getrieben von Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit in diesen Regionen. Aktuelle Forschungen des Ifo-Instituts Dresden zeigen, dass sich die Teilungslücke im Zuge der Finanzkrise weiter verstärkte

(Rösel 2019: Während in Westdeutschland die Bevölkerung anschließend wuchs, setzt sich der demografische Abwärtstrend in Ostdeutschland fort (Abbildung 1).

Für die räumliche Überprüfung der Schockthese³ werden drei Regionstypen unterschieden. Regionen mit ausgewachsenen Transformationschocks – kurz *Schockregionen* – sind solche Kreise, die nach ihrer Bevölkerungsentwicklung (in den Jahren 1990 ff.) und ihrer Erwerbstätigenentwicklung (in den Jahren 2007 ff.) sich in Brandenburg,

³ An anderer Stelle haben wir die bipolaren Begriffe „Schockregionen“ und „Gewinnerregionen“ auch für einen Ost-West-Vergleich verwendet (Holtmann 2019, S. 251 ff.). Dagegen ließe sich einwenden, dass zumindest der erste Transformationschock ein ostdeutsches Alleinstellungsmerkmal sei. Unseres Erachtens wäre ein solcher Einwand deshalb unbegründet, weil die räumlichen Effekte des lang anhaltenden Strukturwandels, die wir mit unseren Indikatoren messen, in Ost- und Westdeutschland vergleichbar auftreten.

Abbildung 1: Einwohnerentwicklung in West- und Ostdeutschland (1936 = 100%)



Quelle: Rösel (2019). Eigene Darstellung.

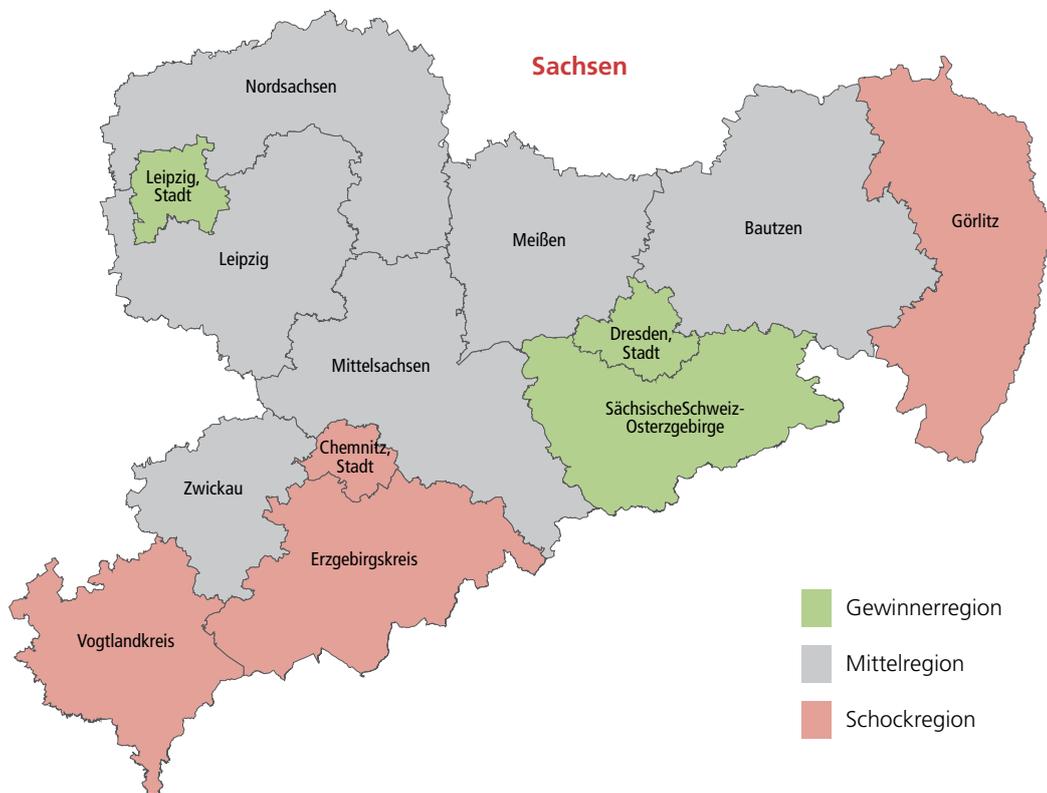
Sachsen und Thüringen jeweils dem unteren Drittel (Terzil) zuordnen lassen. Als Transformationsgewinnerregionen – kurz *Gewinnerregionen* – gelten jene Kreise, die bei beiden Indikatoren im oberen Drittel (Terzil) liegen. Alle übrigen Kreise werden in einer mittleren Kategorie zusammengefasst, die hier nicht aufgeführt wird, da wir uns für eine kontrastierende Darstellung entschieden haben. Gemäß dieser Klassifikation verteilen sich in den drei hier einbezogenen ostdeutschen Bundesländern die Stadt- und Landkreise auf die Kreistypen wie in Tabelle 1 dargestellt.

Als Individualdaten, die über politische Einstellungen Auskunft geben und zugleich die räumliche Differenzierung der Gemeindeebene abbilden, standen die Länderanteile der Daten einer bundesweiten Bevölkerungsumfrage aus dem Jahr 2018 zur Verfügung, die repräsentativ in den fünf Ortsgrößenklassen der Großstädte, Mittelstädte, größeren und kleineren Kleinstädte sowie der Landgemein-

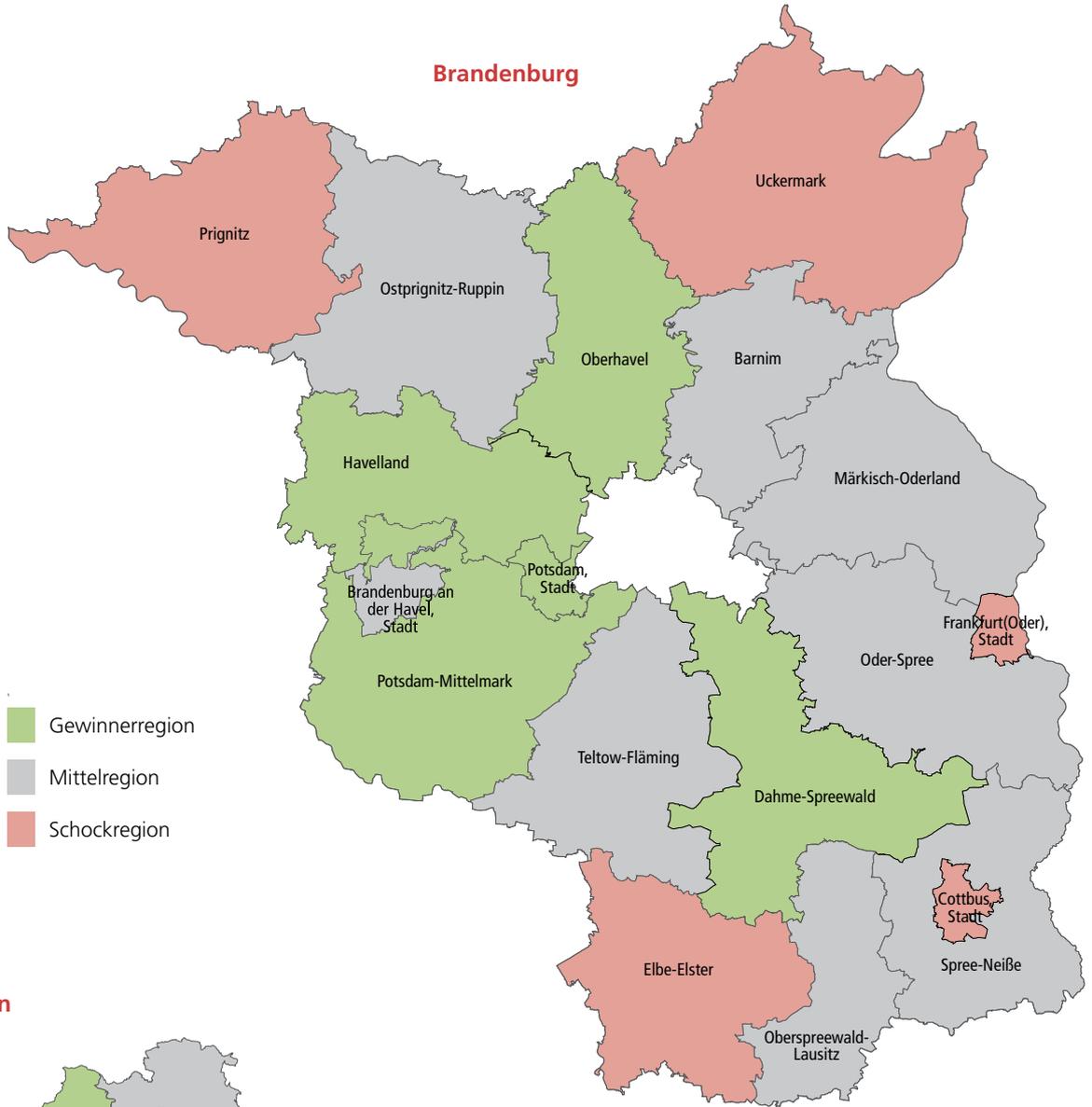
den erhoben worden sind.⁴ Um die möglichen Folgen des Transformationsschocks auf individuelle politische Einstellungs- und Verhaltensmuster zu untersuchen, wird in den nachfolgenden Kapiteln die sozialräumliche Differenzierung nach Gewinner- und Schockregionen betrachtet.

- ⁴ Primärforschung: aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH, Erhebungsmethode: CATI (computer-gestützte telefonische Interviews), Auswahlverfahren: deutschlandweite Zufallsauswahl disproportional geschichtet nach Ost/West und 5 Gemeindegrößenklassen (Großstädte, Mittelstädte, größere und kleinere Landstädte, Landgemeinden), Grundgesamtheit: deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahren, Stichprobe: N = 5.400 (disproportional geschichtet: 3.000 in Ost- und 2.400 in Westdeutschland), Feldphase: 19. Februar bis 3. Juli 2018.

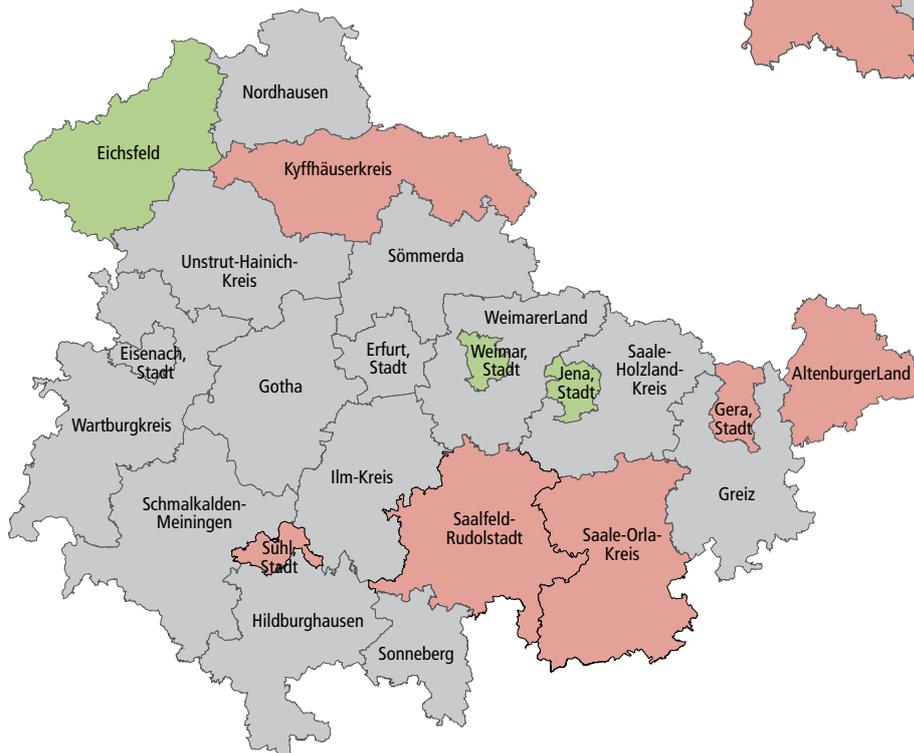
Abbildung 2: **Klassifikation der Kreise nach Bundesländern**



Brandenburg



Thüringen



4. Politische Einstellungen in Gewinnerregionen und Schockregionen

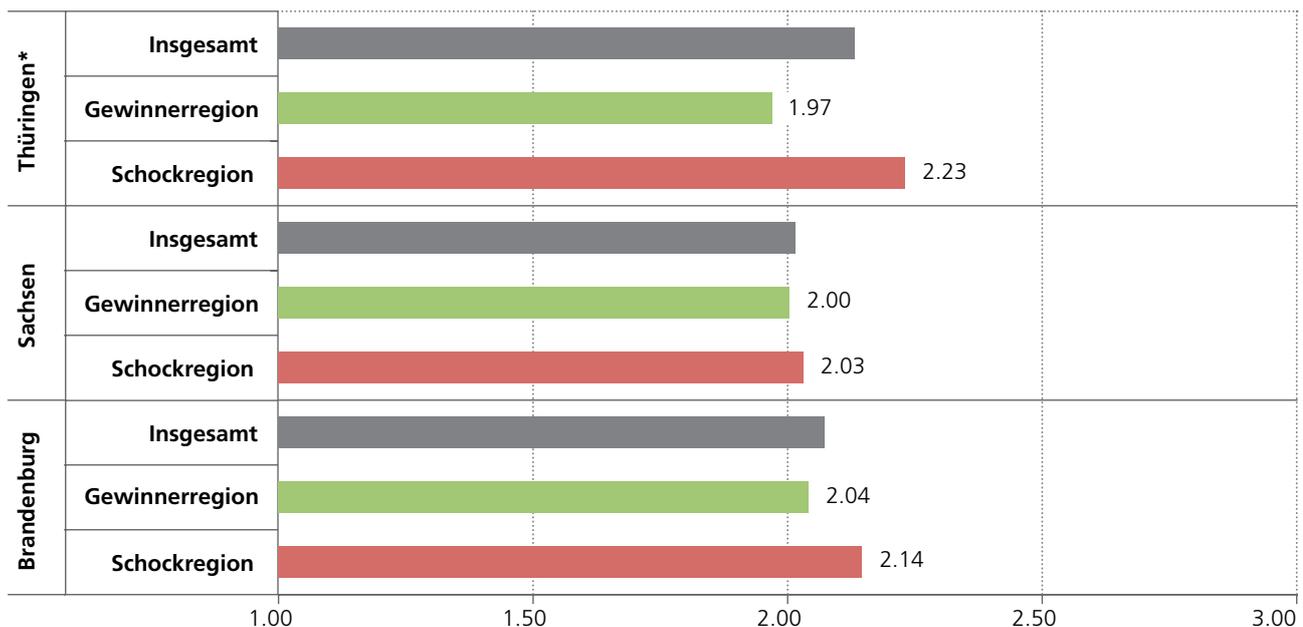
Es sind vergleichsweise große Gebietszuschnitte, die von uns als „Gewinner“ und „Verlierer“ klassifiziert werden (Tabelle 1). Dazu haben auch Kreisgebietsreformen geführt, die in den ostdeutschen Ländern seit 1990 in mehreren Stufen durchgeführt worden sind. Weil die betroffene Bevölkerung sie häufig als unerwünschte Eingriffe in gewohnte Lebensumfelder empfindet, werden diese Reformen in der Regeln von heftigen Protesten begleitet, wie zuletzt bei den schließlich abgeblasenen Vorhaben in Brandenburg und Thüringen (vgl. Holtmann 2017). Eine weitere kleinräumige Differenzierung innerhalb von Schock- oder Gewinnerregionen ist mit den hier verwendeten Daten nicht möglich. Dennoch ist davon auszugehen, dass es auch in Schockregionen Gebiete gibt, die nicht von Einwohnerverlust und prekärer Beschäftigungssituation geprägt sind, und dass dies umgekehrt ebenso auf Gewinnerregionen zutrifft. Im Folgenden konzentrieren wir uns also auf die überwiegende Prägung auf Kreisebene

seit dem Systemumbruch 1989 (Schockregion bzw. Gewinnerregion) und die sich daraus ergebenden Einflüsse (Kontexteffekte) auf politische Einstellungen und politisches Verhalten.

Eine erklärende politische Hintergrundvariable ist der *empfundene soziale Zusammenhalt im Wohnumfeld*. Dieser wurde über die Zustimmung und Ablehnung dreier vorgegebener Aussagen gemessen, die im Rahmen der genannten Bevölkerungsumfrage aus dem Jahr 2018 erhoben wurden. Die drei folgenden Antwortvarianten wurden für die Auswertung zu einem Gradmesser für den sozialen Zusammenhalt zusammengefasst:

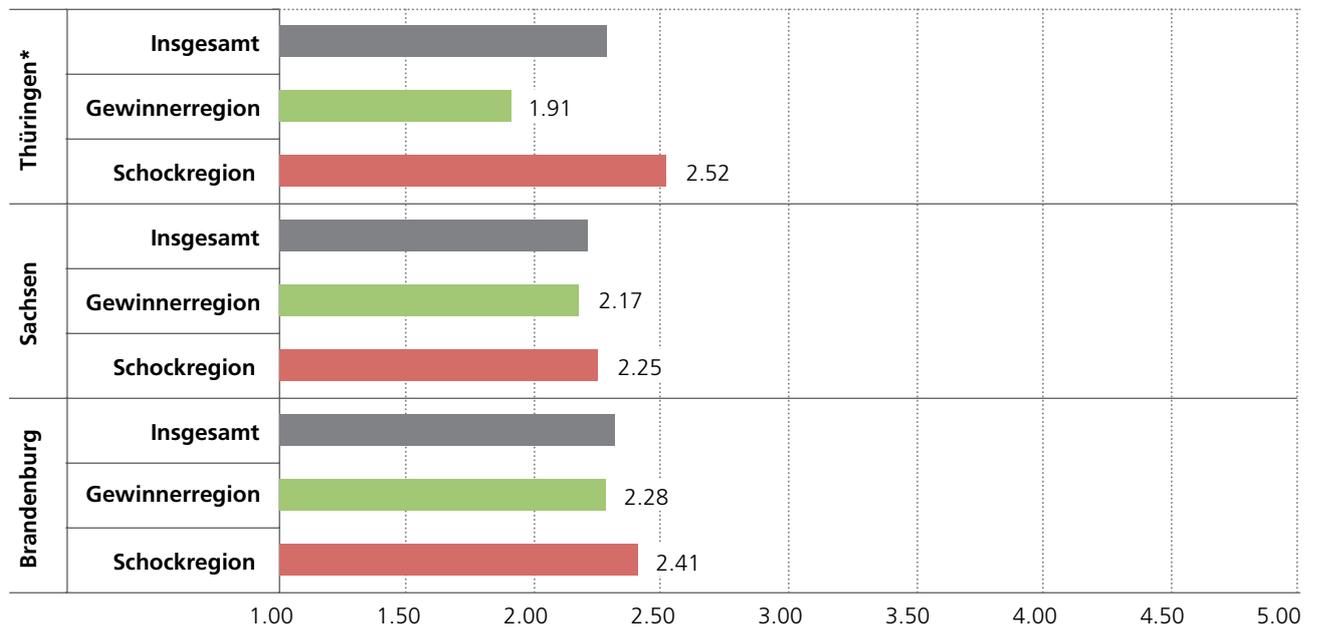
- „Die Leute hier kommen gut miteinander aus.“
- „Man kann den Leuten hier vertrauen.“
- „Wenn es darauf ankommt, halten die Menschen hier zusammen.“

Abbildung 3: **Sozialer Zusammenhalt nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen**
(Mittelwertvergleich auf einer Skala von 1 „sehr stark“ bis 5 „sehr schwach“)



Quelle: Eigener Datensatz (Bevölkerungsumfrage 2018), * Gruppenunterschiede signifikant

Abbildung 4: **Verbundenheitsgefühl mit Deutschland nach Bundesländern und Schock- bzw. Gewinnerregionen** (Mittelwertvergleich auf einer Skala von 1 „sehr verbunden“ bis 5 „überhaupt nicht“)



Quelle: Eigener Datensatz (Bevölkerungsumfrage 2018), * Gruppenunterschiede signifikant

In allen drei Bundesländern ist der soziale Zusammenhalt aus Sicht der Bürger_innen ähnlich stabil. Werden aber Regionen isoliert betrachtet, die überwiegend von den Transformationsschocks betroffen waren bzw. sind, so zeigt sich, dass dort der soziale Zusammenhalt vor Ort als weniger gefestigt empfunden wird. In Thüringen ist dies stärker der Fall als in Sachsen und Brandenburg (Abbildung 3).

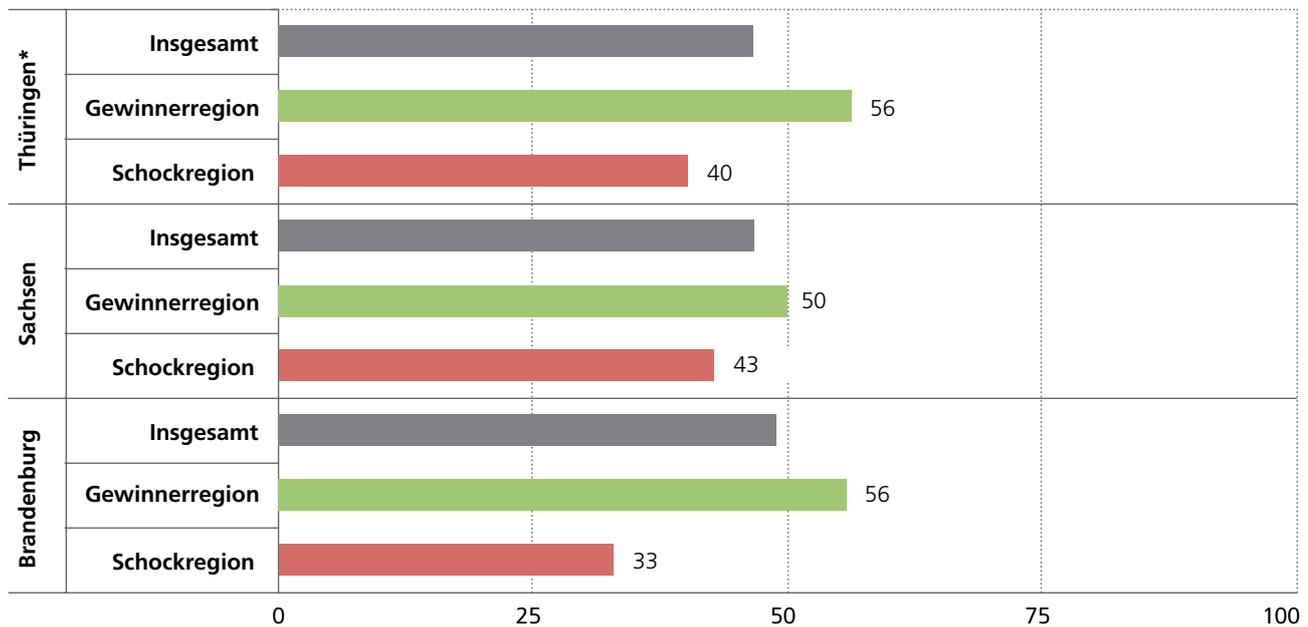
Auf die subjektive *Verbundenheit mit dem Wohnort und mit der Region*, in der man lebt, scheinen sich die nach Kreisen unterschiedlichen ökonomischen und demografischen Entwicklungen seit der Wiedervereinigung nur geringfügig auszuwirken (ohne Abbildung). Betrachtet man jedoch die empfundene Verbundenheit mit der Bundesrepublik, so zeigen sich signifikante Abweichungen (Abbildung 4). Insbesondere in Thüringen bekunden die Einwohner_innen von aufstrebenden Regionen eine höhere Verbundenheit mit Deutschland; in Schockregionen fällt das Meinungsbild völlig anders aus. Zwischen Gewinner- und Verliererregionen liegen hierbei über 0,6 Skalenpunkte. Dieser Effekt lässt sich in abgeschwächter Form in allen Gebieten feststellen. Das regionale Gefälle ist problematisch, da räumliche Verbundenheit als Ausdruck von Lebensqualität, von Antriebskraft für persönliche Selbstbestimmung (Empowerment), von kollektiver Selbstwirksam-

keit und der subjektiv bewerteten Zukunftsfähigkeit einer Kommune gelten kann (Gabriel/Holtmann/Jaeck u.a. 2015, S. 184).

Generell fällt die *Verbundenheit mit Deutschland* in den ostdeutschen Bundesländern vergleichsweise niedrig aus (Holtmann/Jaeck/Völkl 2018, S. 27 ff.). Hier identifizieren sich die Menschen neben ihrem Wohnort häufiger noch mit Ostdeutschland als mit der gesamten Bundesrepublik. Die Ostbindung ist demzufolge auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch präsent und sie wird offenbar durch eine demografisch wie ökonomisch nachteilige Regionalentwicklung weiter verstetigt.

Eine derartige raumbezogene Nachteilserfahrung bereitet den Boden für eine *relative Deprivation*, also das subjektive Gefühl, gemessen an anderen Menschen zu kurz zu kommen. Dabei wird theoretisch angenommen, dass individuelle Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenslage nicht ausschließlich durch die isolierte Bewertung der eigenen, meist materiellen Ressourcen zustande kommt, sondern dadurch, dass die eigene Situation oder die der Gruppe, der man sich zugehörig fühlt (z.B. „Ostdeutscher“, „Wendegewinner oder -verlierer“, „Bürger zweiter Klasse“) im Verhältnis zu anderen Personen oder

Abbildung 5: **Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen** (Nennungen „Ja, gerecht“ in Prozent)



Quelle: Eigener Datensatz (Bevölkerungsumfrage 2018), * Gruppenunterschiede signifikant

Gruppen betrachtet wird.⁵ So kann ein Missverhältnis empfunden werden zwischen dem, was man (bekommen) hat, und dem, was einem nach eigener Einschätzung eigentlich zusteht bzw. – wie im Fall des doppelten Transformationschocks – einem verwehrt oder vorbehalten worden ist.

Das Erklärungsmodell ist empirisch inzwischen gut belegt. Für die Überprüfung der Deprivations-Hypothese haben wir in der Bevölkerungsumfrage aus dem Jahr 2018 erhoben, ob die Befragten glauben, in Deutschland gehe es „alles in allem gerecht zu“, und ob sie der Ansicht sind, im Vergleich mit anderen in Deutschland lebenden Menschen persönlich den gerechten Anteil zu erhalten.

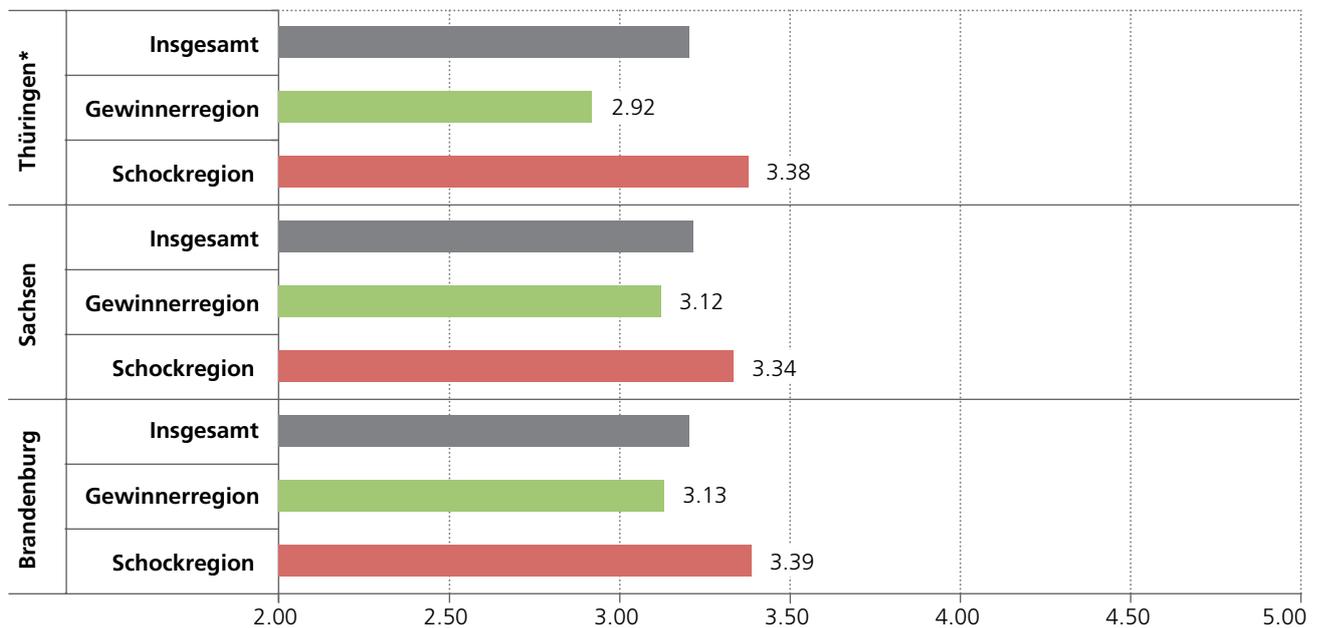
Die Gerechtigkeitsgarantie, die einem politischen System und dessen Wirtschaftsordnung zugeschrieben wird, setzt sich aus einer doppelten Erwartungshaltung zusammen: der moralisch begründeten Erwartung einer angemessenen

staatlichen Daseinsvorsorge und der Erwartung einer „sittlichen Ökonomie“ in der privatwirtschaftlichen Sphäre (hierzu aus historischer Sicht Thompson 1979). Beide Male geht es um die gerechte Verteilung (Allokation) materieller und immaterieller Güter, wobei der Politik eine zentrale Lenkungsfunction zukommt. Empfundene Ungerechtigkeit und Benachteiligung kann sich in Einstellungen manifestieren, welche sich gegen diejenigen richten, die für die eigene Zurücksetzung verantwortlich gemacht werden. Das können gesellschaftliche Großgruppen wie „Westdeutsche“ oder Zuwanderer sowie – gerade in einem traditionellen Sozialstaat wie Deutschland – politische Institutionen und Akteure wie Politiker, Parlamente oder Parteien sein. Wo das Gerechtigkeitsempfinden schwindet, sinkt auch die Systemlegitimation.

Dass es in Deutschland gerecht zugeht, glaubt in den drei ostdeutschen Bundesländern mit etwa 48 Prozent jeweils knapp die Hälfte der Befragten. In Schockregionen wird diese Marge deutlich unterschritten. In Brandenburg bestätigt nur rund jede(r) Dritte gerechte Zustände, in Thüringen und Sachsen sind es um die 40 Prozent (Abbildung 5). In Gewinnerregionen liegt die Gerechtigkeitsvermutung je nach Bundesland mehr (wie in Brandenburg und Thüringen) oder weniger deutlich (wie in Sachsen) höher.

⁵ Dabei wird zwischen Individuen und Gruppen unterschieden: „egoistische“ versus „fraternalistische“ relative Deprivation. Vgl. Runciman, W. G. (1966): *Relative Deprivation and Social Justice: a Study of Attitudes to Social Inequality*, London: Routledge & Kegan Paul.

Abbildung 6: **Erhalt des gerechten Anteils nach Bundesländern und Schock- bzw. Gewinnerregionen**
(Mittelwertvergleich auf einer Skala von 1 „viel mehr“ bis 5 „viel weniger“)



Quelle: Eigener Datensatz (Bevölkerungsumfrage 2018), * Gruppenunterschiede signifikant

Ähnlich verteilt, aber statistisch noch etwas aussagekräftiger fällt das Einstellungsmuster aus, wenn von der subjektiven Bewertung der allgemeinen Systemgerechtigkeit in Deutschland auf die Ebene persönlicher Gerechtigkeitsguthaben gewechselt wird. Hier zeigt sich in allen drei Bundesländern, dass in Gewinnerregionen mehr Menschen davon überzeugt sind, im Vergleich mit ihren Mitmenschen in angemessener Weise bedacht zu werden, also ihren *persönlich gerechten Anteil* zu erhalten. In Schockregionen fällt die Gerechtigkeitsnote schlechter aus. Unterschiede zwischen Thüringen, Brandenburg und Sachsen lassen sich hier nicht feststellen (Abbildung 6).

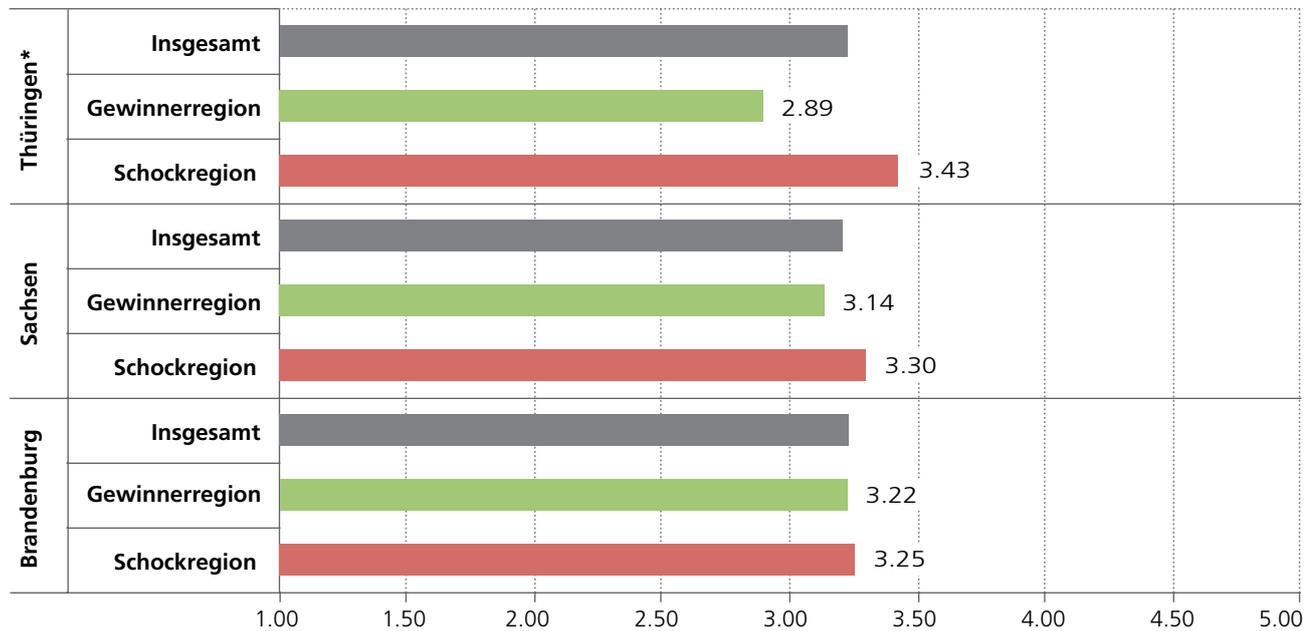
Das *Vertrauen in das politische System Deutschlands* wurde mittels der üblichen Fragen nach dem Vertrauen in herausgehobene Institutionen und Akteure gemessen: hier Bundestag, Bundesregierung, politische Parteien im Allgemeinen sowie die Partei, der man sich verbunden fühlt. Dabei ergibt sich im Gesamtbild, dass die Vertrauensfrage in den Schockregionen häufiger negativ beantwortet wird, also in Regionen, die nach ökonomischen und demografischen Maßstäben in den letzten Jahrzehnten sich vergleichsweise nachteilig entwickelt haben (Abbildung 7 und Abbildung 8 zeigen die Ergebnisse bezüglich des Vertrauens in politische Parteien und in den Bundestag). Im

Drei-Länder-Vergleich zeigen sich jedoch auch innerregionale Abweichungen: In Thüringen ist das Gefälle zwischen Gewinner- und Schockregionen beim Institutionenvertrauen am stärksten ausgeprägt. Brandenburg weist beim Vertrauen in politische Parteien so gut wie keine regionsspezifischen Unterschiede auf.

Die Untersuchung der Einstellungen zur relativen Deprivation und zum Institutionenvertrauen hat unsere These erhärtet, dass der doppelte Transformationsschock sich in den ostdeutschen Regionen, die davon besonders stark betroffen sind, auch deutlicher politisch destabilisierend auswirkt. Dafür, dass das eigene sozialräumliche Lebensumfeld als unwirtlich und wenig für die Zukunft gerüstet erfahren wird, wird die Politik, vor allem die Bundespolitik verantwortlich gemacht. Das ist nicht überraschend, da im östlichen Teil des Landes die an den Staat gerichtete Leistungserwartung auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch höher ist als im Westen der Bundesrepublik (Holtmann 2019, S. 114; vgl. auch Gabriel u. a. 2017, S. 143 ff.).

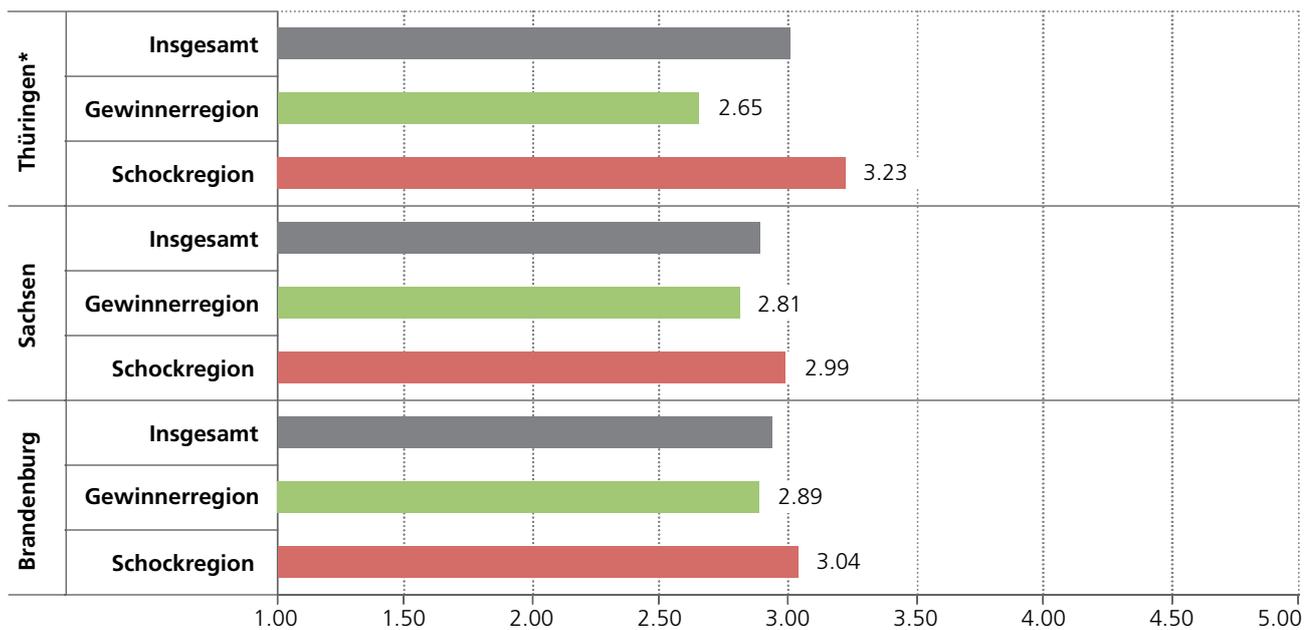
Neben dem Vertrauen in politische Institutionen spielt auch die *Bewertung der Offenheit des politischen Systems* für dessen Stabilität eine wichtige Rolle. In der Politikwis-

Abbildung 7: **Vertrauen in politische Parteien nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen**
(Mittelwertvergleich auf einer Skala von 1 „voll und ganz“ bis 5 „überhaupt nicht“)



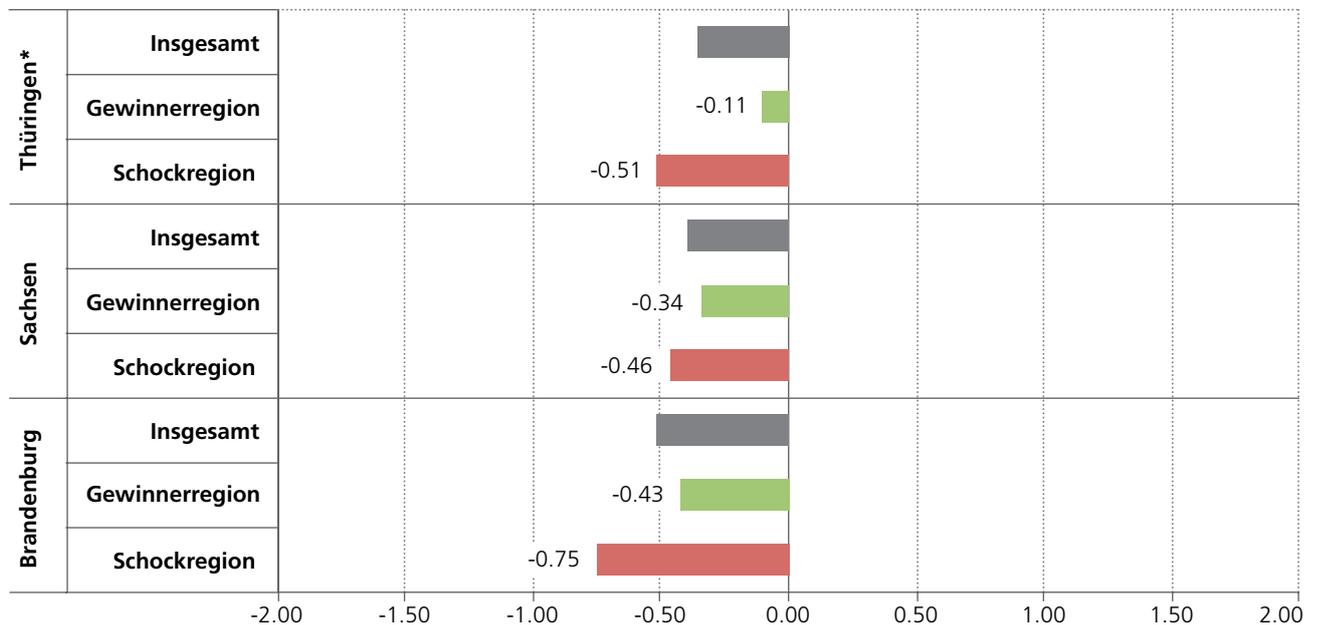
Quelle: Eigener Datensatz (Bevölkerungsumfrage 2018), * Gruppenunterschiede signifikant

Abbildung 8: **Vertrauen in Bundestag nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen**
(Mittelwertvergleich auf einer Skala von 1 „voll und ganz“ bis 5 „überhaupt nicht“)



Quelle: Eigener Datensatz (Bevölkerungsumfrage 2018), * Gruppenunterschiede signifikant

Abbildung 9: **Politische Responsivität nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen**
(Mittelwertvergleich auf einer Skala von -2 „minimale“ bis +2 „maximale“ Responsivität)



Quelle: Eigener Datensatz (Bevölkerungsumfrage 2018), * Gruppenunterschiede signifikant

senschaft wird die Gewissheit der Bürger_innen, dass die gewählten politischen Repräsentanten für ihre Anliegen aufgeschlossen sind und auf diese sensibel reagieren, als *Responsivität* des politischen Systems bezeichnet. Dass Politik als responsiv erfahren wird, ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die repräsentative Demokratie in Deutschland in der Bevölkerung verankert ist. Der Vertrauensvorsprung, den die Bevölkerung den Politikern durch ihre Wahl gewährt, kann nachhaltig untergraben werden, wenn die Responsivität des politischen Systems als gering eingeschätzt wird.

Wir haben Responsivität über vier Aussagen zu Parteien und Politikern gemessen, wobei die jeweiligen Antworten in der Skala „politische Responsivität“ von minus 2 (sehr geringe Responsivität) bis plus 2 (sehr hohe Responsivität) zusammengefasst werden. Diese Skala liefert einen zusätzlichen Indikator für das Vertrauen, das Politikern und dem politischen System entgegengebracht wird. Die Antwortvarianten lauten:

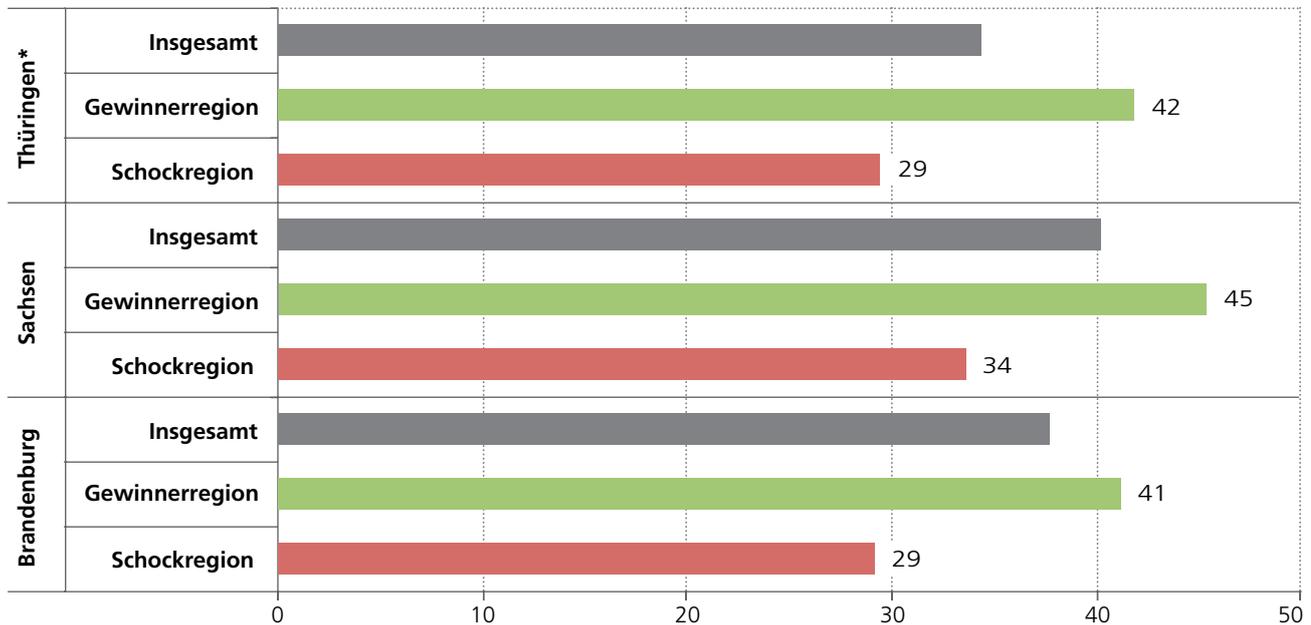
- „Die Parteien und Politiker wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“
- „Politiker kümmert es nicht, was die einfachen Leute denken.“

- „Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.“
- „Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger.“

Abbildung 9 zeigt, dass das Vertrauen in die Offenheit und Rückkopplungsfähigkeit des politischen Systems und seiner Repräsentanten nicht nur generell niedrig ausfällt, sondern besonders in den Regionen gestört ist, welche in den letzten 30 Jahren von demografischem Wandel und ökonomischer Stagnation vergleichsweise stärker betroffen waren. Dieser Kontexteffekt wirkt sich auf die wahrgenommene Responsivität in Thüringen und Brandenburg deutlicher, in Sachsen etwas weniger aus. In den Schockregionen der drei untersuchten Bundesländer zeigen sich die Bürger_innen weniger davon überzeugt, dass ihre Bedürfnisse und Erwartungen bei den gewählten politischen Entscheidern Berücksichtigung finden.

Vor diesem Hintergrund erscheint es folgerichtig, dass nur eine Minderheit von Bürger_innen in den drei Bundesländern einer *repräsentativen Demokratie* den Vorzug gibt. Die *Präferenz* für das plebiszitäre Modell, die in Ostdeutschland seit 1990 durchgehend höher rangiert (Holtmann 2019, S. 89), schwankt im Spiegel der 2018 erhobe-

Abbildung 10: **Bevorzugte Demokratieform „repräsentative Demokratie“** nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen (Nennungen in Prozent)



Quelle: Eigener Datensatz (Bevölkerungsumfrage 2018), * Gruppenunterschiede signifikant

nen Daten zwischen 34 Prozent in Thüringen und knapp 40 Prozent in Sachsen (Abbildung 10). Gerade in den untersuchten Schockregionen sind Sympathien für die plebiszitäre Demokratie, bei der die politischen Entscheidungen unmittelbar vom Volk (z. B. durch Volksabstimmungen) getroffen werden, mehrheitsfähig und die Anhänger des repräsentativen Systems sind in der Minderheit. In Gewinnerregionen ist der Anteil derer, die sich für eine parlamentarische Demokratie mit gewählten Volksvertretern aussprechen, mit durchschnittlich 10 Prozentpunkten mehr deutlich größer. Für alle drei Bundesländer zeigen sich zwischen beiden Regionstypen signifikante Unterschiede.

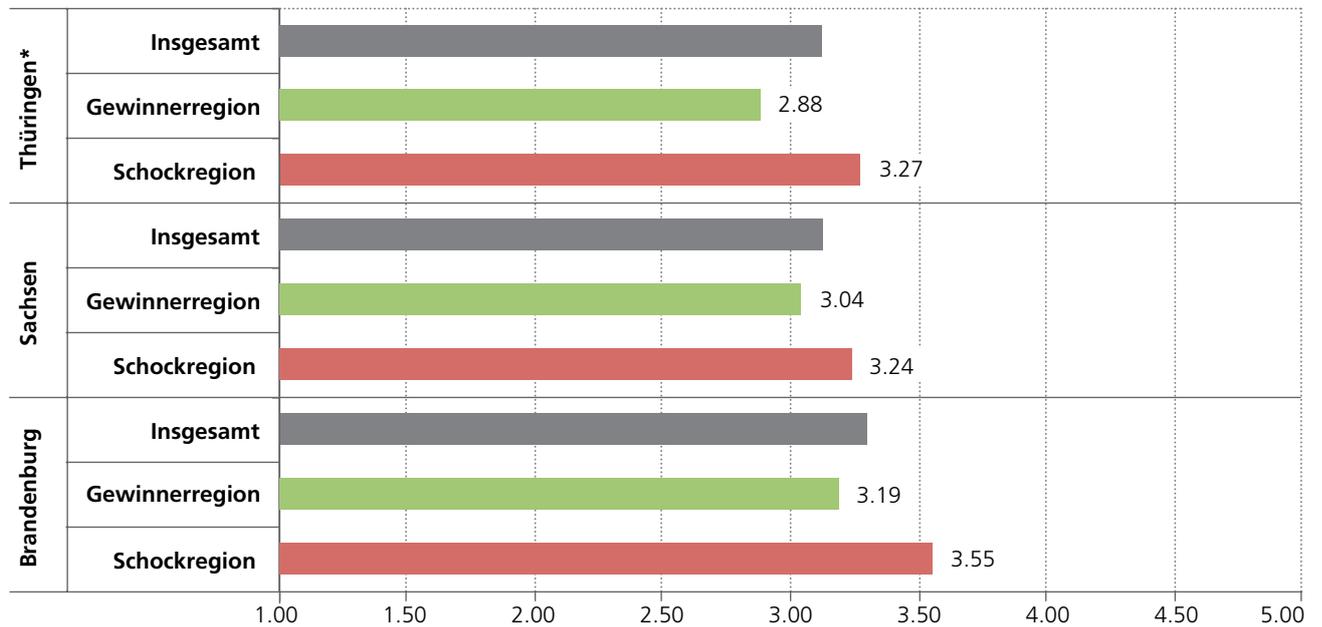
Derselbe Zusammenhang lässt sich, wenngleich etwas weniger stark, auch für ländliche und urbane Räume feststellen (ohne Abbildung). In ländlichen Gebieten nimmt die Zustimmung zur repräsentativen Demokratie im Gegensatz zu städtisch geprägten Gebieten ab. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ländliche Räume in der Regel auch stärker vom Transformationsschock betroffen sind als überwiegend urban geprägte Gebiete oder Großstädte.

Die bisher betrachteten Faktoren – die wahrgenommene Responsivität, das bevorzugte Demokratiemodell (reprä-

sentativ oder plebiszitär) sowie das allgemeine Vertrauen in politische Institutionen – liefern eher indirekte Nachweise für die Unterstützung des politischen Systems in Deutschland. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Land misst hingegen die subjektive Einschätzung der konkreten Leistungsfähigkeit (Performanz) des politischen Systems, vorrangig der Regierung. Dieses Urteil fällt, anders als die abstrakte Bewertung der Idee der Demokratie, in der Regel kritischer aus (Holtmann 2019, S. 46; Holtmann/Jaek/Völkl 2018, S. 60 f.).

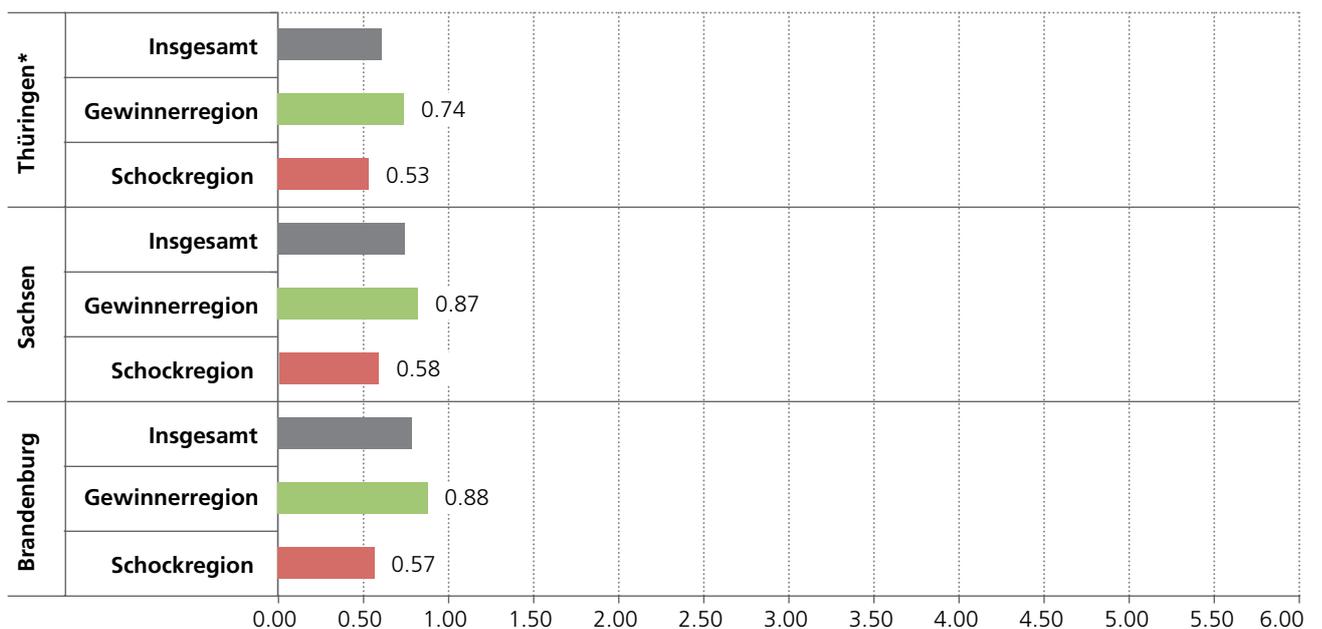
Auch bei dieser Frage unterscheiden sich die Einschätzungen in den Gewinner- und Verliererregionen der drei untersuchten Bundesländer signifikant. So fällt die Demokratiezufriedenheit in allen Schockregionen deutlich schlechter aus. Die Polarisierung zwischen den Regionstypen ist besonders in Thüringen und Brandenburg nachweisbar, für Sachsen in abgeschwächter Form (Abbildung 11). In Thüringen und Brandenburg beträgt die Spannweite der Unterschiede, bei einer Skalenbreite von 1 bis 5, etwa 0,4 Punkte. Der länderübergreifende Gesamtwert liegt bei ca. 3,2 Punkten und somit im leicht negativen Bereich.

Abbildung 11: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen (Mittelwertvergleich auf einer Skala von 1 „sehr zufrieden“ bis 5 „sehr unzufrieden“)



Quelle: Eigener Datensatz (Bevölkerungsumfrage 2018), * Gruppenunterschiede signifikant

Abbildung 12: Politische (Online-)Partizipation nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen (Mittelwertvergleich von 0 bis 6 möglichen Partizipationsformen)



Quelle: Eigener Datensatz (Bevölkerungsumfrage 2018), * Gruppenunterschiede signifikant

Während die klassische politische Partizipation⁶ zwischen den untersuchten Regionen nur geringfügig variiert (ohne Abbildung), zeigen sich bei den „neuen“ *Online-Formen*⁷ *politischer Beteiligung* teilweise Unterschiede. Insgesamt werden politische Beteiligungsformate (ausgenommen allgemeine Wahlen) im Vergleich zu ehrenamtlichem Engagement wesentlich seltener wahrgenommen; so wird im Schnitt nicht einmal eine einzige (Online-)Möglichkeit im Jahr genutzt, um sich politisch zu äußern. Diese Spielart politischer Partizipationsmüdigkeit ist in Schockregionen noch weiter verbreitet als in den Gewinnerregionen. Zwischen den drei Bundesländern zeigen sich dabei nur geringfügige bis gar keine Unterschiede (Abbildung 12).

In einem weiteren Untersuchungsschritt haben wir überprüft, ob die neue räumliche Polarisierung im Wahlverhalten zwischen den Parteien Bündnis 90/Die Grünen und AfD sich auch auf die Gegenüberstellung von Gewinnerregionen und Schockregionen überträgt. Die Wahlforschung hat festgestellt, dass die Wähleranteile der Grünen insbesondere in den Großstädten steigen, wohingegen die AfD in ländlichen Regionen bzw. in kleinen und mittleren Städten überdurchschnittlich erfolgreich abschneidet. Für diese Annahme sprechen die überwiegend urbane Struktur von Gewinnerregionen und die häufiger ländliche Struktur von Schockregionen. Im Folgenden prüfen wir diese Hypothese zunächst anhand der *Wahlabsicht*, die im Rahmen der Bevölkerungsumfrage im Jahr 2018 geäußert wurde. Der Zusammenhang zwischen Regionstypen und aktuellen amtlichen *Wahlergebnissen*, hier der Landtagswahlen von 2009 bis 2019, wird in Kapitel 5 behandelt.

Bei der zwischen Mitte Februar bis Anfang Juli 2018 erhobenen hypothetischen Wahlabsicht schält sich innerhalb der drei untersuchten Bundesländer in der Tat ein eindeutiges strukturspezifisches Verteilungsmuster der Parteisymp-

pathien für Grüne bzw. die AfD heraus. So leben die Sympathisanten der Grünen wesentlich häufiger in Gewinner- als in Schockregionen. Diese asymmetrische Verteilung von grünen Parteianhängern zeigt sich besonders deutlich in Sachsen und Thüringen, aber – wenngleich in abgeschwächter Form – auch in Brandenburg. In den Gewinnerregionen Thüringens und Sachsens gaben jeweils etwa 20 Prozent an, den Bündnisgrünen bei der nächsten Bundestagswahl ihre Stimme geben zu wollen, in Schockregionen waren es hingegen lediglich 7 Prozent. Das entspricht einer Differenz von über 10 Prozentpunkten (Abbildung 13).

Bei der 2018 bekundeten Absicht, die AfD zu wählen, sind die Unterschiede zwischen den Regionstypen (mit Ausnahme von Brandenburg) zwar etwas schwächer ausgeprägt, jedoch in der Tendenz vergleichbar eindeutig. In allen drei Bundesländern sind erklärte Wähler_innen der AfD häufiger in Schockregionen beheimatet als in solchen Regionen, die nach 1990 eine positive demografische und ökonomische Entwicklung genommen haben. In Brandenburg ist dieser, die Stimmabgabe für die AfD fördernde bzw. bremsende Kontexteffekt am klarsten erkennbar. Hier stehen 12 Prozent potenziellen AfD-Wähler_innen in Gewinnerregionen mit etwa 25 Prozent gut doppelt so viele in Schockregionen gegenüber (Abbildung 14).

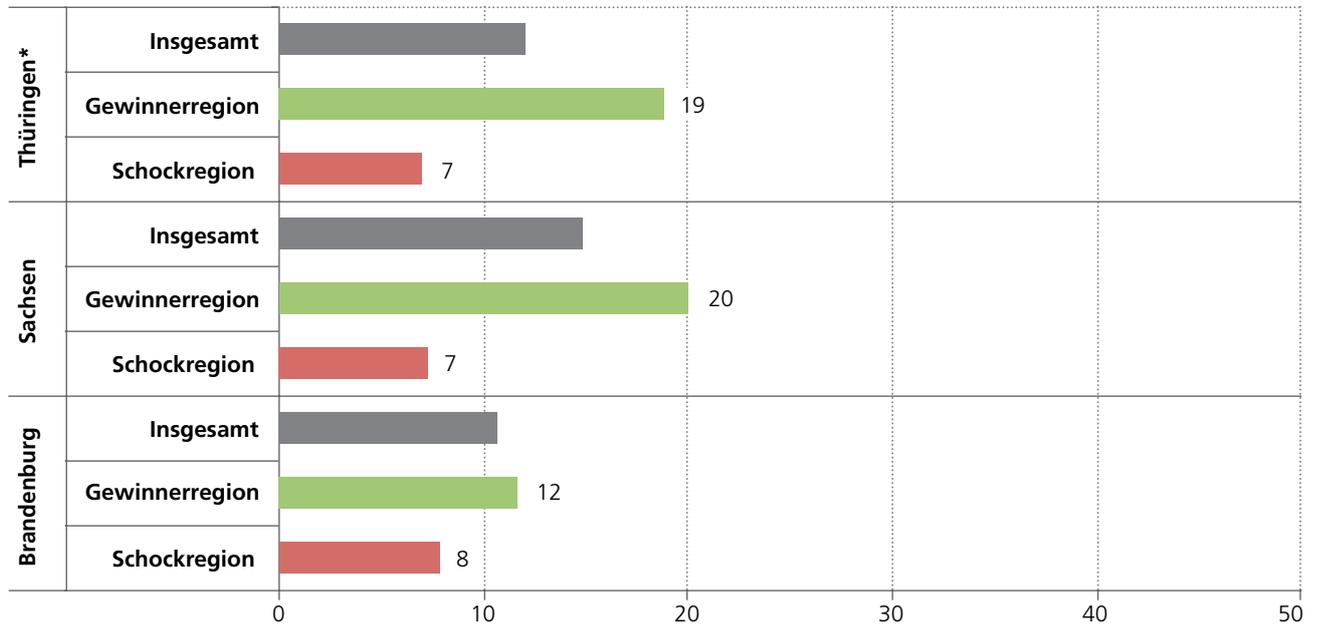
In Sachsen beträgt der Abstand zwischen den AfD-Parteigängern in Schock- und Gewinnerregionen allerdings lediglich 2 Prozentpunkte. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass in diesem Bundesland der Effekt des näheren Lebensumfelds durch andere Einflussgrößen teilweise überlagert wird. Möglicherweise besitzt hier die kulturelle Konfliktlinie rund um die Zuwanderungsfrage eine größere Zugkraft oder es gibt gesellschaftlich breiter verankerte rechtsaffine Milieus. Denkbar ist auch, dass die regionalen Differenzen aufgrund des erreichten ökonomischen Entwicklungsstandes geringer wahrgenommen werden. Beide möglichen Erklärungen, also die gebietsübergreifende Sorge vor kultureller „Überfremdung“ sowie ein landesweit vergleichsweise höheres wirtschaftliches Leistungsniveau, können sich theoretisch durchaus wechselseitig verstärken. Diese Frage gilt es, noch näher zu untersuchen.

Soweit ist festzuhalten, dass die regionale Spreizung bei der Wahlabsicht nachweisbar ist. An diesen Befund schließt das folgende Kapitel 5 unmittelbar an und analysiert die Wahlergebnisse nach Gewinner- und Schockregionen.

⁶ Dazu wird gezählt: Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufnehmen; in einer politischen Partei, einem Verband oder Organisation mitarbeiten; sich an einer Unterschriftensammlung beteiligen; bei einem Bürgerentscheid bzw. Volksentscheid die Stimme abgeben; an einer öffentlichen Demonstration oder an Bürgerversammlungen teilnehmen.

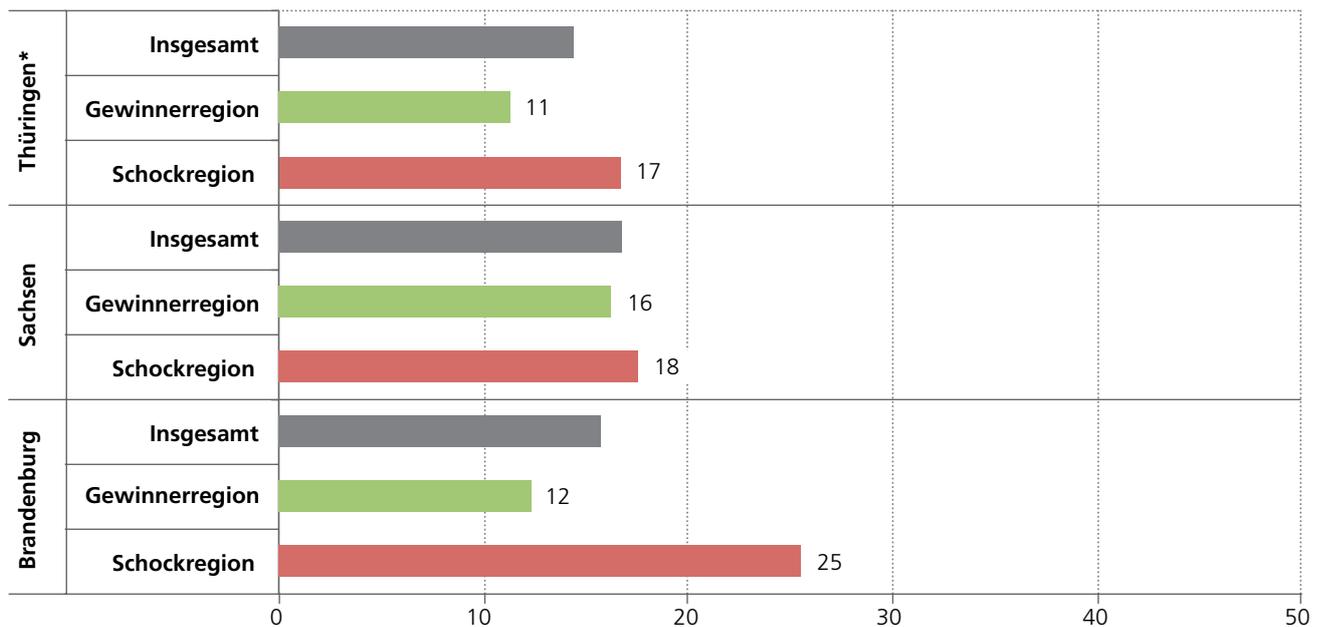
⁷ Dazu zählen Beteiligung an bzw. Organisation von Onlinepetitionen oder -abstimmungen, Blogs oder Foren mit politischen Inhalten; das Teilen von politischen Inhalten, die Nutzung von Online-Beteiligungsmöglichkeiten der Gemeinde/Stadt sowie die Kontaktaufnahme über ein Onlinemedium mit Politikern oder politischen Institutionen.

Abbildung 13: **Bekundete Wahlabsicht „Grüne“ zur Bundestagswahl nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen** (Nennungen in Prozent)



Quelle: Eigener Datensatz (Bevölkerungsumfrage 2018), * Gruppenunterschiede signifikant

Abbildung 14: **Bekundete Wahlabsicht „AfD“ zur Bundestagswahl nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen** (Nennungen in Prozent)



Quelle: Eigener Datensatz (Bevölkerungsumfrage 2018), * Gruppenunterschiede signifikant

5. Wahlergebnisse nach Gewinnerregionen und Schockregionen

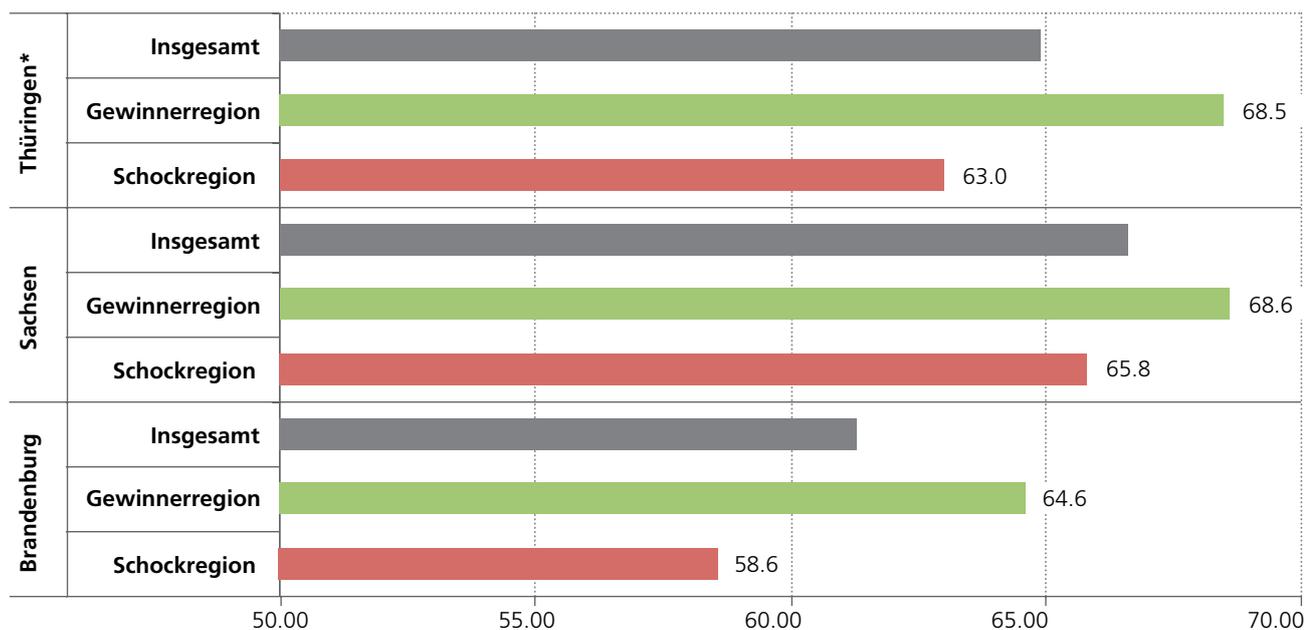
Der Zusammenhang zwischen raumbezogenen Lagemerkmalen bzw. regional unterschiedlich ausgeprägten Schockerfahrungen der Menschen einerseits und subjektiven Einstellungen andererseits, der im vorherigen Kapitel nachgewiesen wurde, wird nun auch im Hinblick auf das Wahlverhalten auf Kreisebene überprüft. Dabei werden sowohl die Höhe und die Entwicklung der Wahlbeteiligung in den Regionstypen als auch die Stimmenanteile von Parteien bei verschiedenen Wahlen analysiert. Der Schwerpunkt liegt auf den Wahlergebnissen der jeweils letzten Landtagswahlen der einbezogenen Länder von September/Oktober 2019. Stellenweise gehen wir außerdem auf weiter zurückliegende Wahlen ein.

Wie in Kapitel 4 schon für die Ebene der Einstellungen aufgezeigt, wird auch bei der Analyse der Wahlergebnisse deutlich, dass sich das Wahlverhalten in Schockregionen und in Gewinnerregionen zum Teil deutlich voneinander unterscheidet. Abbildung 15 veranschaulicht die Unter-

schiede in der Höhe der *Wahlbeteiligung* für die drei Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Herbst 2019. Die Wahlbeteiligung in Gewinnerregionen liegt in allen drei Ländern erkennbar über den Werten der Verliererregionen. Die stärksten Unterschiede finden sich mit 6 Prozentpunkten in Brandenburg. Danach folgt Thüringen mit einer Differenz von 5,5 Prozentpunkten zwischen beiden Regionstypen. In Sachsen zeigen sich demgegenüber mit knapp 3 Prozentpunkten nur etwa halb so große Differenzen in der Wahlbeteiligung zwischen Gewinner- und Schockregionen.

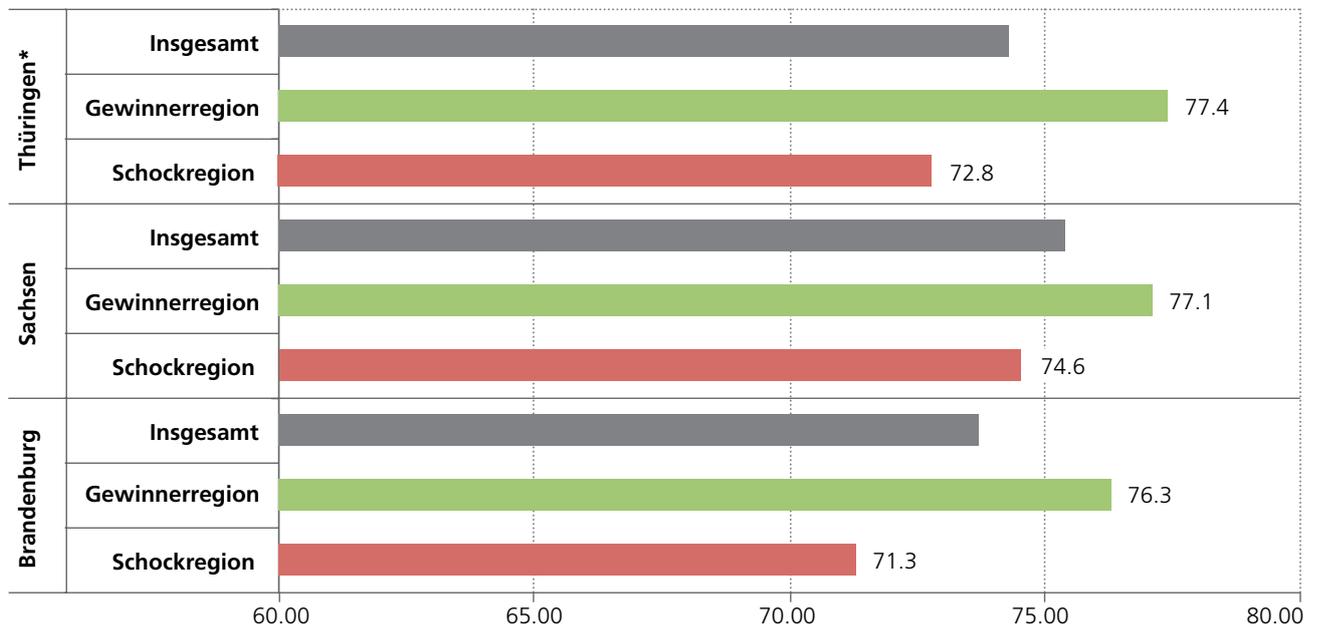
Dieses räumliche Muster ist allerdings kein alleiniges Kennzeichen von Landtagswahlen. Vielmehr zeigt sich ein ähnliches Bild für alle Wahlen der letzten eineinhalb Jahrzehnte. Abbildung 16 stellt die Unterschiede in der Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl 2017 nach Regionstypen dar. Auch hier treten mit einer Differenz von

Abbildung 15: **Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 2019 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen** (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Daten des Bundeswahlleiters

Abbildung 16: **Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen** (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Daten des Bundeswahlleiters

5,2 Prozentpunkten die größten Unterschiede zwischen Gewinner- und Schockregionen in Brandenburg auf. Thüringen verzeichnet eine leicht geringere Differenz von 4,6 Prozentpunkten. In Sachsen stellen wir wiederum die geringsten Abweichungen fest. Dennoch lag auch hier die Wahlbeteiligung in den Schockregionen rund 2,5 Prozentpunkte unter derjenigen in Gewinnerregionen. Das gleiche Bild zeigt sich auch bei den Europawahlen 2019 sowie bei allen Landtagswahlen seit 2004 (ohne Abbildung). Folglich weisen Schockregionen ein Partizipationsdefizit auf, das sich über einen längeren Zeitraum verfestigt hat. Dieses Beteiligungsgefälle tritt zwar regional unterschiedlich stark zutage, doch ist dieses Muster über verschiedene Wahlzeitpunkte hinweg nachweisbar. Das bestätigt, dass regionale Kontexte die Partizipationsentscheidung der dort lebenden Menschen beeinflussen.

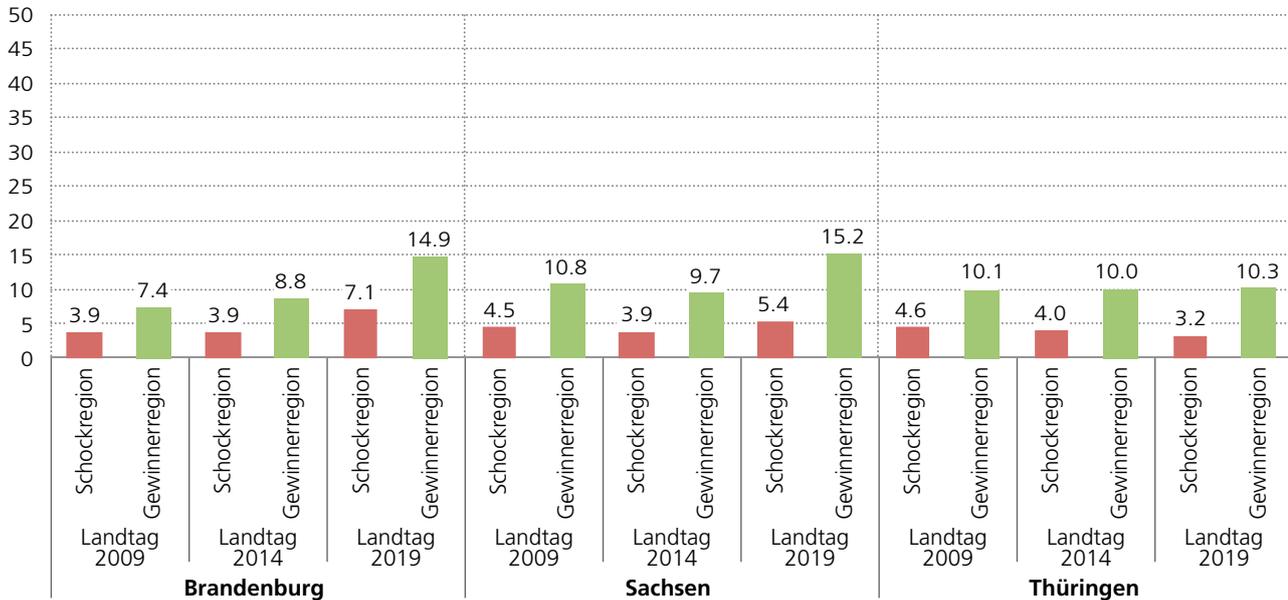
Von diesem langfristigen Niveauunterschied in der Beteiligung an Wahlen in den drei Ländern ist die *Mobilisierungsdynamik* in den Regionstypen zu unterscheiden. Diese Dynamik weist kaum Unterschiede zwischen Schockregionen und Gewinnerregionen auf. Vergleicht man die Entwicklung der Wahlbeteiligung an den Landtagswahlen zwischen 2014 und 2019, so ist in allen Regionstypen die Wahlbeteiligung – von einem sehr niedrigen

Ausgangsniveau im Jahr 2014 aus – stark angestiegen (ohne Abbildung). Diese Zunahme stellt sich in den einzelnen Ländern unterschiedlich dar (Sachsen plus 18 Prozent, Thüringen und Brandenburg jeweils plus 13 Prozent); jedoch sind die Unterschiede zwischen den Regionstypen innerhalb der Länder marginal. Die Mobilisierung ist in Schockkreisen folglich kaum oder gar nicht geringer ausgefallen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn die Wahlbeteiligung an den Landtagswahlen 2009 und 2019 verglichen wird (ohne Abbildung). Auch hier bestehen die wesentlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und nicht zwischen Gewinner- und Schockregionen. So stieg in Sachsen die Wahlbeteiligung deutlich an. Gleiches gilt, wenn auch in abgeschwächter Form, für Thüringen. In Brandenburg ist hingegen eine gänzlich andere Entwicklung zu verzeichnen. Hier sank die Wahlbeteiligung zwischen 2009 und 2019 um rund 6 Prozentpunkte. Schockerfahrungen gehen folglich nicht zwingend mit einer abweichenden Mobilisierungsdynamik einher.

Neben der reinen (Nicht-)Beteiligung an Wahlen gibt ferner die individuelle Stimmabgabe für eine bestimmte Partei darüber Auskunft, wie sich kollektive Schockerfahrungen

Abbildung 17: Wahlergebnisse von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Landtagswahlen seit 2009 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Daten des Bundeswahlleiters

gen in einer Region in politisches Verhalten übersetzen. Daher wird in einem zweiten Schritt untersucht, ob raumbezogene Lagemerkmale auch mit bestimmten Parteipräferenzen bzw. entsprechenden Mobilisierungsdynamiken einhergehen.

In Kapitel 4 wurde bereits der Zusammenhang zwischen Regionstypen und geäußelter Wahlpräferenz überprüft. Dabei zeigte sich, dass Grüne-Sympathisanten wesentlich häufiger in Gewinnerregionen leben als in Schockregionen. Bei der Wahlabsicht für die AfD verhält es sich genau umgekehrt: In allen drei betrachteten Bundesländern waren potenzielle AfD-Wähler_innen häufiger in Schockregionen beheimatet als in Regionen, die nach der Wiedervereinigung eine demografisch wie ökonomisch relativ positive Entwicklung genommen haben.

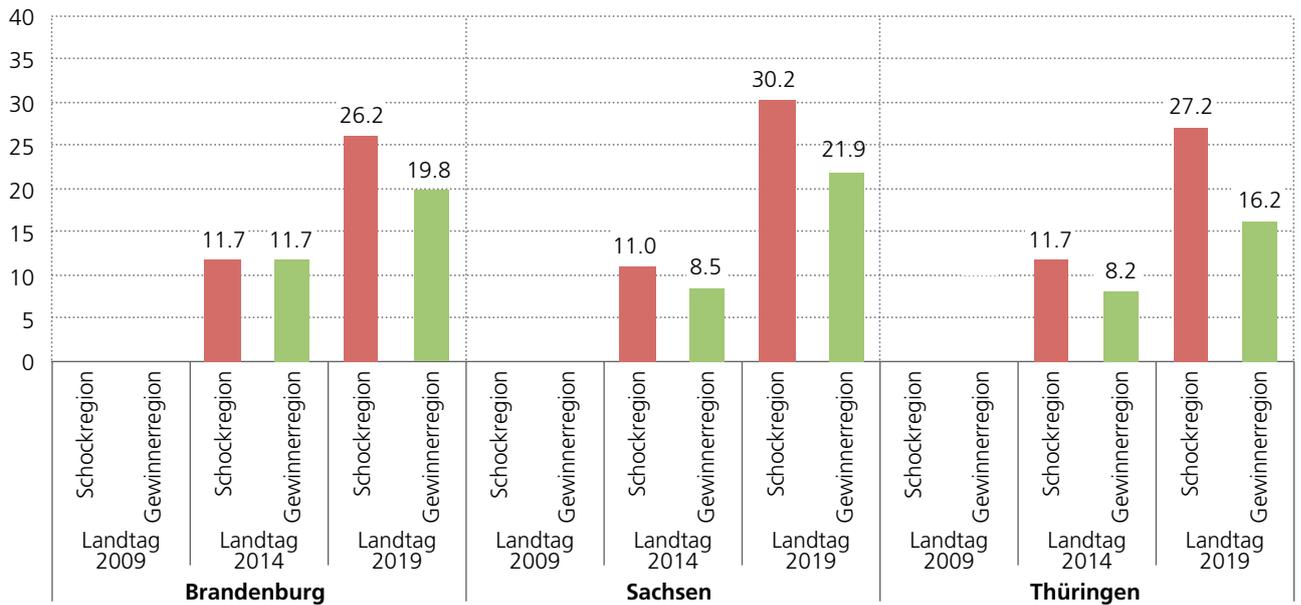
Vergleicht man die Landtagswahlergebnisse nach Ländern und Regionstypen seit 2009, so ergibt sich das gleiche Bild. Die Grünen haben bei allen Landtagswahlen in den drei Ländern deutlich höhere Stimmenanteile in den Gewinnerregionen erzielt (Abbildung 17). Auffallend ist ferner, dass die Unterschiede bei den Stimmanteilen im untersuchten Zeitraum zum Teil deutlich zunahm. So vergrößern sich die Unterschiede zwischen Schockregionen

und Gewinnerregionen in Brandenburg von 3,5 auf 7,8 Prozentpunkte. Ähnlich stellt sich das Bild in Sachsen mit einem Anstieg von 6,3 auf 9,8 Prozentpunkte dar.

Die größeren Zugewinne der Grünen in den Gewinnerregionen bei den jüngsten Wahlen haben diese Entwicklung verstärkt. Dies bestätigt eine besondere Mobilisierungsdynamik zugunsten der Grünen in den Gewinnerregionen. Leicht abweichend verläuft die Entwicklung in dieser Hinsicht in Thüringen. Auch hier kommt es zu wachsenden Differenzen in den Stimmenanteilen für die Grünen zwischen beiden Regionstypen. Diese Differenzen resultieren jedoch aus Stimmenanteilsverlusten der Grünen in den Verliererregionen (Abbildung 17).

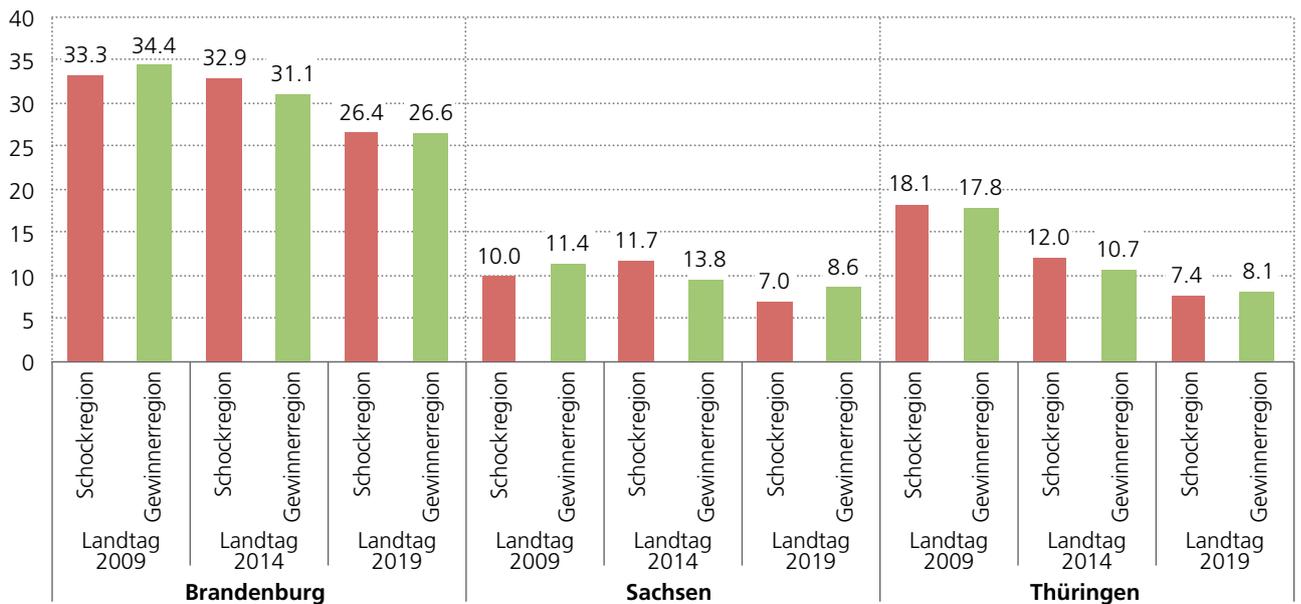
Die Entwicklung der Stimmenanteile für die AfD (Abbildung 18) bestätigt ebenfalls die Ergebnisse der Zuordnung der geäußerten Wahlabsicht zu den beiden Regionstypen, die in Kapitel 4 vorgenommen wurde. Hierbei ist zu beachten, dass die Unterschiede zwischen den Regionstypen erst bei der jeweils letzten Landtagswahl in den drei Bundesländern deutlich hervortreten. So variierten die regionstypischen Differenzen bei den Landtagswahlen 2014 zwischen 3,5 Prozentpunkten (Thüringen) und fast identischen Stimmanteilen (Brandenburg). Ein klares Gefälle zwischen

Abbildung 18: Wahlergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen seit 2009 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen (Angaben in Prozent)



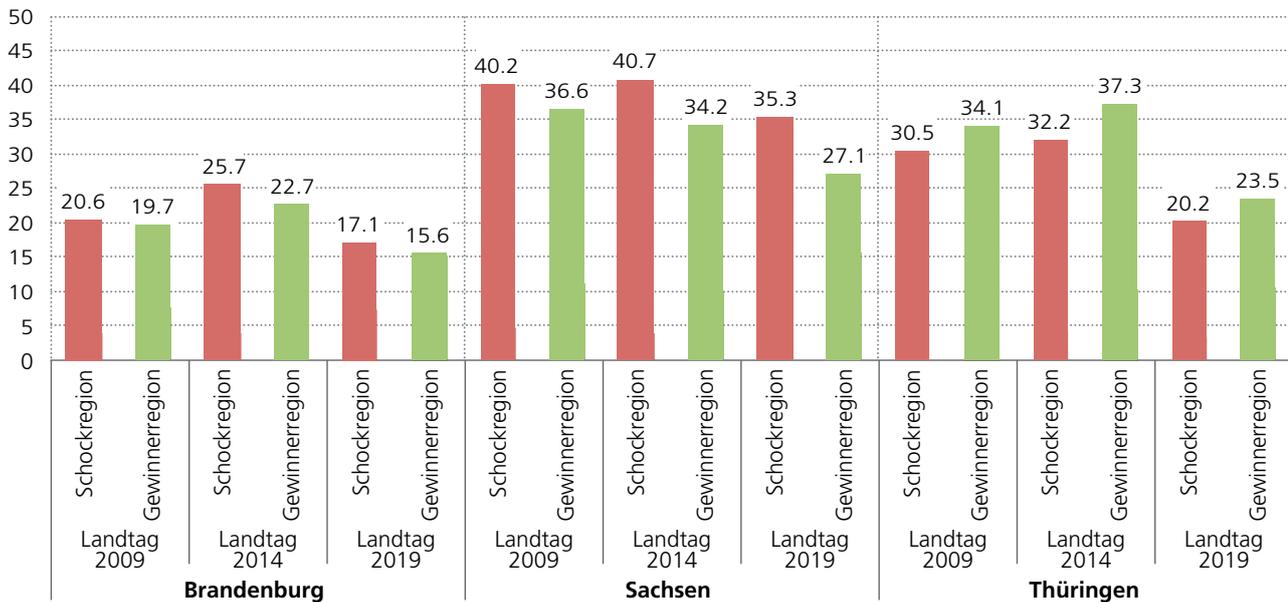
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Daten des Bundeswahlleiters

Abbildung 19: Wahlergebnisse der SPD bei Landtagswahlen seit 2009 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Daten des Bundeswahlleiters

Abbildung 20: **Wahlergebnisse der CDU bei Landtagswahlen seit 2009 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen** (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Daten des Bundeswahlleiters

Schockregionen und Gewinnerregionen tritt erst bei den Wahlen 2019 zutage. Jetzt steigen die Unterschiede in den AfD-Stimmenanteilen in Brandenburg auf 6,4, in Sachsen auf 8,3 und in Thüringen auf 11 Prozentpunkte. Der länderübergreifend deutliche Anstieg der Stimmenanteile der AfD beruht folglich auf ihrem überdurchschnittlichen Mobilisierungserfolg in den jeweiligen Schockregionen.

Ein ähnliches räumliches Muster wie für die Grünen zeigt sich auch für die Stimmenanteile der FDP (ohne Abbildung). Hier fallen die Stimmenanteile in den Gewinnerregionen durchweg deutlich höher aus als in den Verliererregionen. Dabei bleiben die regionalen Unterschiede auf einem relativ geringen absoluten Niveau.

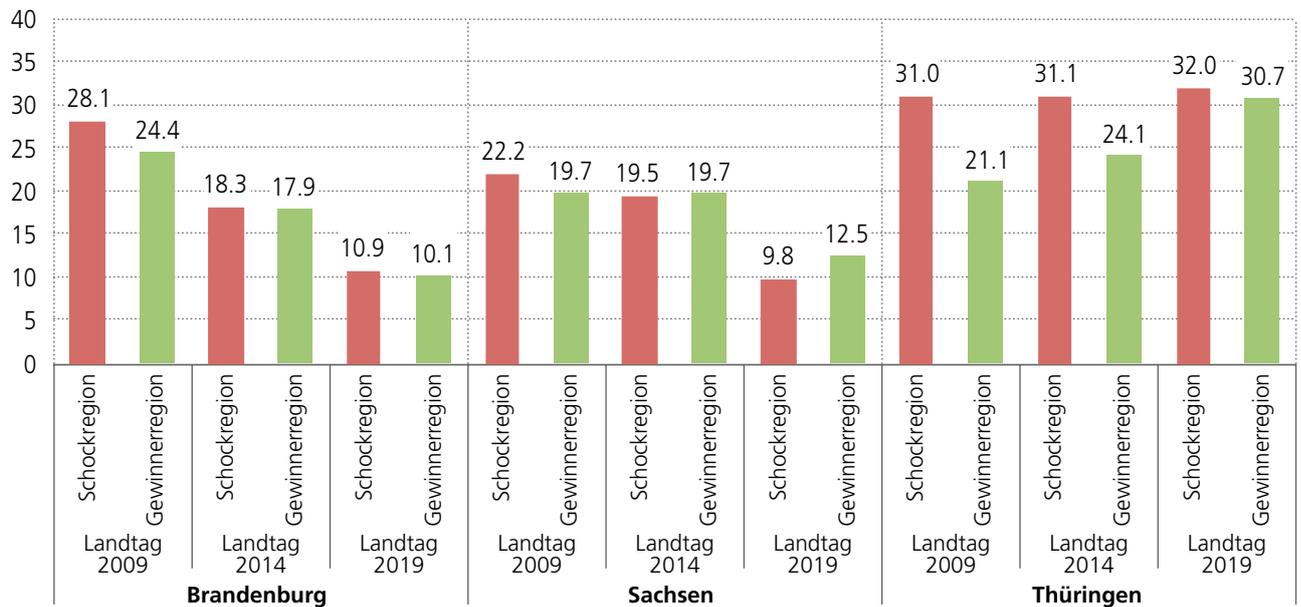
Für die SPD ergibt sich, wie Abbildung 19 zeigt, kein eindeutiges Muster. Vielmehr werden länderspezifische Sonderwege in der Entwicklung der Stimmenanteile deutlich. Kennzeichnend für die schwindende Wähleransprache der Partei sind anhaltende, zum Teil hohe Stimmenverluste in allen drei Ländern. Das geschwundene Wählervertrauen in die SPD erklärt sich, wie Vorwahlumfragen belegen, auch durch die Unzufriedenheit mit dem Erscheinungsbild der Bundespartei. Dabei verzeichnet die SPD in Brandenburg, wo sie seit 1990 ununterbrochen

den Ministerpräsidenten stellt, 2019 einen Konsolidierungserfolg. In Sachsen und Thüringen fällt die Partei bei den Landtagswahlen 2019 hingegen auf Stimmenanteile unter 10 Prozent zurück.

Die Verluste stellen sich zwar flächendeckend sowohl in Gewinnerregionen als auch in Schockregionen ein, doch fallen sie 2019 – gemessen am Rückgang der prozentualen Stimmenanteile und verglichen mit der Landtagswahl 2014 – in den Schockregionen Brandenburgs und Thüringens erkennbar höher aus. In diesen beiden Ländern schneidet die SPD bei der Wahl 2019 in Schockregionen schlechter ab als in Gewinnerregionen. Abweichend verläuft die Entwicklung in Sachsen. Hier verliert die SPD 2019 überproportional in Gewinnerregionen, wo sie (anders als in Brandenburg und Thüringen) 2014 vergleichsweise stärker war.

Nicht eindeutig fällt auch das Bild für die CDU aus (Abbildung 20). In Brandenburg erzielt die Partei jeweils leicht höhere Stimmenanteile in den Schockregionen. In Sachsen hingegen vergrößert sich die Differenz zwischen den Stimmenanteilen beider Regionstypen, weil die CDU bei den letzten Landtagswahlen in den Gewinnerregionen größere Verluste erleidet. So kommt es 2019 zu einer Dif-

Abbildung 21: Wahlergebnisse der Partei Die LINKE bei Landtagswahlen seit 2009 nach Bundesländern und Gewinner- bzw. Schockregionen (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Daten des Bundeswahlleiters

ferenz von 8,2 Prozentpunkten zwischen Schockregionen und Gewinnerregionen. Gegenläufige Raumeffekte zeigen sich in Thüringen. Hier sind die Stimmenanteile für die CDU in Gewinnerregionen seit 2009 höher. Die Unterschiede bewegen sich jeweils zwischen 3 und 5 Prozentpunkten. Wie die SPD verzeichnet auch die CDU bei den letzten Wahlen in allen drei Ländern Stimmenverluste sowohl in Gewinnerregionen als auch in Schockregionen.

Für die Partei Die Linke ändert sich das räumliche Muster der Stimmenanteile im Zeitverlauf (Abbildung 21). Während die Partei bei den Landtagswahlen 2009 noch relative Stimmenvorsprünge in den Verliererregionen aller drei Länder aufwies, am deutlichsten in Thüringen, hat sich dieses Bild seither gewandelt. In Brandenburg glich sich, bei insgesamt deutlichen Stimmenverlusten, die regionstypische Verteilung auf niedrigerem Niveau an. Auch in Sachsen hat die Linke erkennbar verloren, wobei 2019 die Verluste in den Schockregionen sehr viel höher ausfallen als in den Gewinnerregionen. In Thüringen hingegen, wo die Linke 2019 zur stärksten Partei aufgerückt ist, verdankt die Partei dies einem Aufholerfolg bei den Stimmenanteilen in den Gewinnerregionen von annähernd 10 Prozentpunkten seit 2009. Zugleich blieb der Stimmenanteil in den Schockregionen stabil auf einem gleichbleibend hohen Niveau.

Insgesamt erhärten die Analysen der räumlichen Verteilungsmuster der Stimmenanteile der Parteien anhand amtlicher Wahldaten die Befunde in Kapitel 4 eindrücklich; dort wurde die räumliche Verteilung von Wahlabsichten, die im Rahmen einer Umfrage 2018 geäußert wurden, herausgearbeitet. Die Trennlinie zwischen Gewinnerregionen und Schockregionen spiegelte sich in Ostdeutschland vor 2009 in der räumlich verteilten Zustimmung für Linke und Grüne wider (Feldkamp 2011, S. 35ff.). Seither hat sich das geografische „Schnittmuster“ des ostdeutschen Parteiensystems verändert. Das lässt sich am Wahlverhalten ablesen. Nunmehr gibt es die Tendenz zu einer vermehrten Wählerzustimmung für die Grünen in Gewinnerregionen sowie für die AfD in Verliererregionen. Die anderen Parteien weisen demgegenüber nur geringe räumliche Differenzen in ihren Stimmenanteilen auf.

Nahräumliche Kontexteffekte auf politische Einstellungen und auf das Wahlverhalten lassen sich nachweisen. Das ist das Ergebnis dieser zweistufigen Analyse. Vergleicht man die Gewinnerregionen und Schockregionen in den drei Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen, so treten signifikante Unterschiede bei den beiden Regionstypen zutage. Im Hauptstrom (mainstream) des Wahlverhaltens und der politischen Einstellungen lässt sich europaweit beobachten, dass sich die traditionellen Parteibindungen auflockern und Präferenzen für Protest- und Themenparteien (Zuwanderung, nationale Identität, Klimawandel) zunehmend stabiler werden. Daneben gibt es im regionalen Feld eine besondere Nebenströmung, welche jene Menschen mitnimmt, die ihre politische Welt- und ihr Wahlverhalten auch an den Arbeits- und Lebensbedingungen des näheren Umfelds ausrichten.

Von einer solchen regionalisierten Sicht auf Politik und Beteiligung an Politik profitieren zum einen die Grünen, die gerade in Gewinnerregionen ihre Stimmenanteile ausbauen können, und zum anderen die AfD, welche in demografisch benachteiligten bzw. ökonomisch stagnierenden Schockregionen überdurchschnittlich hoch abscheidet. In Ostdeutschland wird diese Tendenz zu einem sozialräumlich auseinanderdriftenden Wahlverhalten offenbar durch die psychologischen Nachwirkungen des doppelten Transformationsschocks verstärkt. Dieser wurde durch Strukturbrüche infolge der deutschen Wiedervereinigung und die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst und bleibt gerade in demografisch und ökonomisch benachteiligten Lebensumfeldern wirksam.

Die Mobilisierungsdynamik, also die Entwicklung der Wahlbeteiligung in den beiden Regionstypen, weist, verglichen mit der vorherigen Landtagswahl 2014, kaum Unterschiede zwischen Schockregionen und Gewinnerregionen auf. Sämtliche Regionen zeigen einen starken Zuwachs der Wahlbeteiligung, ausgehend von einem deutlich niedrigeren Ausgangsniveau im Jahr 2014. Zwar steigt die Wahlbeteiligung in den drei Ländern unterschiedlich stark; doch die Differenzen zwischen den Regionstypen innerhalb der Länder sind marginal. Die Mobilisierung

ist in Schockkreisen kaum oder gar nicht anders ausgefallen. Folglich sind sozial nivellierende Mobilisierungseffekte einer erhöhten Wahlbeteiligung, wie sie für die Bundestagswahl 2017 auf der Ebene lokaler Stimmbezirke festgestellt wurden (Vehrkamp/Wegschaider 2017), auf der hier untersuchten Kreisebene bei den ostdeutschen Landtagswahlen 2019 nicht nachweisbar. Die soziale Spaltung der Gesellschaft bildet sich trotz höherer Wahlbeteiligung, nimmt man die nach wie vor unterschiedlichen Beteiligungsraten in Gewinnerregionen und in Schockregionen in den Blick, im Wahlverhalten weiterhin ab.

Zugleich nimmt die Regionalisierung der Parteisympathien und des Stimmverhaltens bei Landtagswahlen in den drei hier untersuchten ostdeutschen Ländern einen asymmetrischen Verlauf: Während die Grünen ihre seit 1990 im Osten Deutschlands chronische Schwäche weiter fortschreiben und aktuell allenfalls begrenzte Zugewinne verzeichnen, bezieht die AfD einen Gutteil ihrer neuen Stärke aus einer überdurchschnittlichen elektoralen Verankerung in Schockregionen. Insofern ist die neue Polarisierung des Parteiensystems zwischen Grünen und AfD, wie sie sich bei aktuellen deutschlandweiten Umfragen ergibt und sich auch bei den Europawahlen 2019 abgezeichnet hat, auf die regionale Ebene Ostdeutschlands bisher nur „einseitig“ durchgeschlagen.

Im Übrigen bestätigt unsere nach Kreistypen aufgeschlüsselte Analyse die relative Dominanz der jeweilig stärksten Regierungspartei und ihrer durch die Spitzenkandidatur herausgehobenen Führungsperson für alle drei einbezogenen ostdeutschen Länder bei den Landtagswahlen 2019. Während die AfD in allen drei Bundesländern den Anti-Establishment-Pol besetzt, wird der Gegenpol der etablierten demokratischen Parteien von Land zu Land von einer anderen Partei eingenommen: von der SPD in Brandenburg, der CDU in Sachsen sowie der Linken in Thüringen. Dies verweist darauf, dass die hier in den Blick gerückten regionalen Kontexteffekte zwar als eine Unterströmung wirksam sind, aber zugleich durch andere wählerwirksame Faktoren überformt werden.

Für die Bemühungen, die zur AfD abgewanderten Wähler_innen zurückzugewinnen, ist die Tatsache, dass die landespolitische Führungsposition von unterschiedlichen etablierten Landesparteien eingenommen wird, nicht unbedingt ein Nachteil. CDU, SPD und Linke haben allesamt (wenngleich in unterschiedlichen Größenordnungen) Stimmen an die AfD abgeben müssen. Durch unterschiedliche Koalitionsformate, wobei CDU, SPD und Linke die Rolle des großen Koalitionspartners von Land zu Land abwechselnd übernehmen können, lässt sich die Bandbreite der Strategien, um zur AfD abgewanderte Wähler_innen zurückzuholen, möglicherweise besser ausschöpfen.

Einen derartigen Platzvorteil hat vornehmlich die führende Regierungspartei, die in allen drei Ländern nach den 2019er-Wahlen über einen immer noch relativ starken Wählerzuspruch verfügt und den persönlichen Amtsbonus ihres Ministerpräsidenten ausspielen kann. Für mitregierende kleinere Parteien stellt sich die Situation ungleich schwieriger dar: Sie müssen sich aus der „zweiten Reihe“ der Regierungsbank profilieren, um bei Wahlen erfolgreich zu punkten. So waren etwa in Thüringen laut Vorwahlumfrage 67 Prozent der Bevölkerung der Meinung, die SPD habe „in der Landesregierung nichts durchgesetzt, was mir besonders aufgefallen wäre“ (Infratest dimap 2019c). Auch die beachtlichen persönlichen Sympathiewerte der SPD-Spitzenkandidaten haben weder in Sachsen noch in Thüringen den Negativtrend der Partei umkehren können.

Daraus lässt sich schlussfolgern: Als Juniorpartner in einer Regierung müssen kleine Parteien mehr denn je darauf setzen, dass sie ihre parteispezifische Sachkompetenz in für die Bevölkerung wichtigen Politikfeldern nachhaltig zur Geltung bringen. Das gilt sowohl beim Aushandeln von Koalitionsverträgen als auch in der Regierungstätigkeit. Damit Problemlösungen, die sie in der Regierung angestoßen haben, ihnen als ihre eigene Leistung zugeschrieben werden, braucht es eine entsprechende Sichtbarkeit. Für das Wahlvolk haben kleine Parteien dann einen politischen Gebrauchswert, wenn sie als Teil der Landesregierung thematisch klar identifizierbare Bereichskompetenzen besetzen.

Nicht nur kleine, sondern alle demokratischen Parteien profitieren davon, wenn sie die Kontexteffekte, also die durch das Lebensumfeld der Menschen geprägten Bedürfnisse, politischen Einstellungen und Wählerpräferenzen

stärker in ihre Überlegungen einbeziehen. Dadurch können sie ihr eigenes Profil stärken und Strategien entwickeln, um abgewanderte Protestwähler_innen zurückzugewinnen. Das gilt vor allem für die hier so klassifizierten Schockregionen, die keineswegs ein ostdeutsches Alleinstellungsmerkmal sind. In diesen „Verliererregionen“ nehmen die Menschen eine chronische strukturelle Unterversorgung und Benachteiligung in ihrem Lebensumfeld wahr. Damit sich diese Wahrnehmung nicht weiter verfestigt und der Demokratie schadet, sollten die demokratischen Parteien diese Räume aufwerten, insbesondere mittels gezielter Fördermaßnahmen, um eine vielerorts lahrende Wirtschaftskraft und ausgedünnte Infrastruktur zu stabilisieren. Das sollte ein Schwerpunkt in der dezentralen Daseinsvorsorgepolitik sein.

Dass sich eine solche strategische Ausrichtung nicht ausschließlich auf Schockregionen beschränken kann und soll, liegt auf der Hand, allein schon aufgrund der in ländlichen Räumen generell existierenden Infrastrukturmängel. Dennoch spricht gerade für eine Partei wie die SPD, die sich im Spektrum der demokratischen Linken bewegt, vieles dafür, den Schockregionen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Hier böte sich eine Chance, die traditionelle sozialdemokratische Kernkompetenz, nämlich das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, mit der Leitvorstellung räumlicher Gerechtigkeit (spatial justice) programmatisch und projektbezogen wirksam neu zu verknüpfen und bürgernah zu transportieren. So ließen sich Proteststimmungen und Gefühle relativer Deprivation mindestens teilweise aufnehmen und zu Themenfragen versachlichen. Auch mit Blick auf die begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen aller etablierten demokratischen Parteien erscheint eine solche geografische Schwerpunktsetzung in der Landespolitik sinnvoll.

- Best, Heinrich/Holtmann, Everhard (Hrsg.) (2012):
Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland
nach der Wiedervereinigung. Frankfurt am Main/ New
York: Campus.
- Böick, Marcus/Lorke, Christoph (2019): Eine kleine
Geschichte des „Aufbau Ost“, in: Aus Politik und
Zeitgeschichte, 69, Heft 46, S. 32–40.
- Endt, Christian (2019): Anfällig für die Populisten, in:
Süddeutsche Zeitung vom 30.10.2019, S. 5.
- Feldkamp, Michael F. (Hrsg.) (2011): Datenhandbuch zur
Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis
2010, Baden-Baden.
- Franz, Christian/Fratzcher, Marcel/Kritikos, Alexander S.
(2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Über-
alterungsproblemen stärker, in: DIW-Wochenbericht
Nr. 8, S. 135–145.
- Gabriel, Oscar W./Keil, Silke (2005): Wählerverhalten, in:
Oscar W. Gabriel/Everhard Holtmann (Hrsg.), Hand-
buch Politisches System der Bundesrepublik Deutsch-
land, 3. Auflage, München/Wien: Oldenbourg,
S. 575–621.
- Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias u. a.
(2015): Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und
politische Einstellungen. Bonn: Bundeszentrale für
politische Bildung.
- Giebler, Heiko/Regel, Sven (2017): Wer wählt rechtspopu-
listisch? Geografische und individuelle Erklärungs-
faktoren bei sieben Landtagswahlen, Wiso-Diskurs
Band 16, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Holtmann, Everhard (2017): Kommunale Gebietsreformen
in Deutschland – Leitlinien. Problemlagen. Empirische
Befunde, in: Thüringische Verwaltungsblätter 2017,
Heft 4, S. 1–13.
- Holtmann, Everhard (Hrsg.) (2019): Die Umdeutung der
Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und
Westdeutschland. Mit Beiträgen von Matthias
Brachert, Oscar W. Gabriel, Rebekka Heyme, Everhard
Holtmann, Tobias Jaeck, Aya Isabel Kleine und Jürgen
Maier, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias (2015): Sachsen-An-
halt-Monitor 2015. Nichtwahl. Strukturmerkmale,
Motivlagen und sozialräumliche Verankerung, Halle.
- Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias/Völkl, Kerstin (2018):
Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und
Zusammenhalt, Halle (Saale): Zentrum für Sozial-
forschung Halle e. V.
- Infratest dimap (2019a): Landtagswahl 2019 Thüringen,
Umfragen zu Ostdeutschland,
[wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-10-27-LT-DE-TH/
umfrage-ostdeutschland.shtml](http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-10-27-LT-DE-TH/umfrage-ostdeutschland.shtml)
(aufgerufen am 14.2.2020).
- Infratest dimap (2019b): Landtagswahl 2019 Sachsen,
Umfragen zu den Lebensverhältnissen,
[wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-09-01-LT-DE-SN/
umfrage-lebensverhaeltnisse.shtml](http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-09-01-LT-DE-SN/umfrage-lebensverhaeltnisse.shtml)
(aufgerufen am 14.2.2020).
- Infratest dimap (2019c): Landtagswahl 2019 Thüringen,
Umfragen zur SPD, [wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-
10-27-LT-DE-TH/umfrage-spd.shtml](http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-10-27-LT-DE-TH/umfrage-spd.shtml)
(aufgerufen am 14.2.2020).
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2014): 25 Jahre
nach dem Mauerfall: Wirtschaftliche Integration
Ostdeutschlands im Spiegel der Forschung am IWH,
Halle (Saale).
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2019): Vereintes
Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall, Halle
(Saale).
- Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul F./Zeisel, Hans (1980):
Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziografischer
Versuch, Frankfurt am Main [Leipzig 1933].

- Kritikos, Alexander (2019): AfD-Gewinne dort, wo Arbeitsplatzverluste drohen, in: Tagesspiegel vom 30.10.2019, S. 15.
- Meisner, Matthias (2019): AfD profitiert von Abwanderung. Zurückbleibende Bewohner sich leerender Landstriche verlieren das Vertrauen in Politik und Demokratie – sie werden konservativer und autoritärer, in: Tagesspiegel vom 1.9.2019.
- Obschonka, Martin/Stuetzer, Michael/Rentfrow, Peter J. u. a. (2017): In the Shadow of Coal: How Large-Scale Industries contributed to Present-Day Regional Differences in Personality and Well-Being, in: Journal of Personality and Social Psychology, Online First Publication, 20. November, S. 1–25.
- Rösel, Felix (2019): Die Wucht der deutschen Teilung wird völlig unterschätzt, in: ifo Dresden berichtet, 26, Heft 3, S. 23–35.
- Schäfer, Armin (2012): Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten, in: Politische Vierteljahresschrift, 53, S. 240–264.
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet (Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Band 81), Frankfurt am Main.
- Schäfer, Armin/Vehrkamp, Robert/Gagné, Jérémie Felix (2013): Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Schäfer, Anne/Schmitt-Beck, Rüdiger (2017): A Vicious Circle of Demobilization? Context Effects on Turnout at the 2009 and 2013 German Federal Election, in: Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Harald Schoen u. a. (Hrsg.), Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017, Baden-Baden: Nomos, S. 109–128.
- Thompson, Edward P. (1979): Die >sittliche Ökonomie< der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: Detlev Puls (Hrsg.), Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. Und 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main, S. 13–80.
- Vehrkamp, Robert/Tillmann, Christina (2015a): Prekäre Wahlen – Hamburg. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2015, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vehrkamp, Robert/Tillmann, Christina (2015b): Prekäre Wahlen – Bremen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bremischen Bürgerschaftswahl 2015, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vehrkamp, Robert/Tillmann, Christina (2017): Populäre Wahlen – NRW. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2017, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vehrkamp, Robert/Wegschaidner, Klaudia (2017): Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden: Springer VS.
- Weber, Max (1976 [1922]): Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen.

Autoren

Dr. Matthias Brachert, Wirtschaftswissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Tobias Jaeck, Diplom-Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialforschung Halle e. V.

Prof. Dr. Everhard Holtmann, Politikwissenschaftler, Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. und Projektleiter des Kompetenzzentrums soziale Innovation Sachsen-Anhalt.

